

Überblick über tourismuspolitisch relevante Aussagen in den Bundestagswahlprogrammen von SPD, CDU/CSU, Bündnis90/Die Grünen, FDP, AfD, BSW und Die Linke



Deutscher
Ferienhausverband

V2 11.02.2025

Disclaimer:
Die Übersicht ist nach bestem Wissen und Gewissen erstellt worden. Wir haben uns bemüht, die relevanten Schlagworte und Themen aufzugreifen. Dennoch können wir nicht ausschließen, dass Stichworte, die für Euer Segment relevant sind, nicht oder nur am Rande erfasst sind. Darüber hinaus gibt es auch unter weiteren Schlagworten (z.B. Steuerpolitik oder Finanzpolitik, Bildung etc.) sicherlich Aussagen, die für die Wahlentscheidung des Einzelnen von Relevanz sind, die wir hier aber aus Praktikabilität nicht erfassen konnten.
Alle Aussagen sind den Wahlprogrammen der Parteien entnommen. Eigene Anmerkungen sind kursiv hinterlegt. Die Auszüge ergeben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir haben uns bemüht, alles zu erfassen, aber für Lesbarkeit und um den Aufwand überschaubar zu halten, sind möglicherweise nicht alle Textstellen zitiert.

Deutscher Ferienhausverband							
	SPD	CDU/CSU	Bündnis90/Die Grünen	FDP	AFD	BSW	Linke
Tourismus allgemein	Wir wollen eine Flächenplanung, die Wildnis- und Kulturlandschaften und heimische Arten schützt und ein konfliktfreies Miteinander von Land- und Energiewirtschaft, Tourismus, Industrie, Wohnen und Naturschutz ermöglicht.	Tourismus besser unterstützen. Er leistet einen wichtigen Beitrag zu regionaler Wertschöpfung und Beschäftigung.	Der Tourismus ist in Deutschland Motor für Wachstum und Beschäftigung, insbesondere in ländlichen Regionen. Wir werden die Nationale Tourismusstrategie fortentwickeln und den Tourismusstandort Deutschland nachhaltiger, sozial gerechter und innovativer gestalten.	Die Tourismuswirtschaft ist ein zentraler Motor für wirtschaftliches Wachstum, schafft Arbeitsplätze, fördert den internationalen Austausch und trägt erheblich zur regionalen Entwicklung bei. Eine liberale Tourismuspolitik ist nicht von Verboten geprägt, sondern will gewachsene touristische Strukturen erhalten, Neues ermöglichen und Bürokratie nicht zum Standortnachteil werden lassen.	Aufgabe der auswärtigen Kulturpolitik Deutschlands muss es sein, Brücken zu anderen Völkern zu bauen, das Wissen, um die deutsche Kultur und Geschichte zu vertiefen und die heimische Wirtschaft sowie den Tourismus durch Herstellung und Pflege internationaler Kontakte zu unterstützen.	keine Aussage	Wir fordern die Abschaffung der Vorkasse bei Reisen und Schutz vor Airline-Insolvenzen.
Kurzzeitvermietung/Zweckentfremdung	In Ballungsgebieten soll Kurzzeitvermietung auf ein Mindestmaß reduziert werden. (...) Wir werden dafür sorgen, dass die Mietpreisbremse nicht durch zum Beispiel (teil-)mobilierte und befristete Wohnungsangebote umgangen werden kann. Zweckentfremdung und Leerstand von Wohnraum durch Kurzzeitvermietung sind zu unterbinden.	keine Aussage	keine Aussage	keine Aussage	keine Aussage	In Bund, Ländern und Kommunen befürworten wir Initiativen zur strengeren Regulierung der Umwandlung von Wohnungen in gewerbliche Ferienwohnungen sowie gegen den Leerstand von Wohnraum. (...) Wir werden uns für die Verabschiedung eines Gesetzes zur besseren Bekämpfung von Mietwucher stark machen und gesetzlich gegen stark überhöhte Mieten bei möblierten Zimmern vorgehen.	Keine Spekulation mit Wohnraum und Bauland! 2 Millionen Wohnungen in Deutschland stehen leer. Wir wollen Zweckentfremdung von Wohnraum verbieten. Leerstehenden Wohn- und Gewerberaum wollen wir beschlagnahmen und der Zwischenutzung zuführen.
Steuervorteil bei Immobilienverkäufen/Besteuerung Einnahmen Vermietung/Verpachtung	Wenn eine nicht selbst genutzte Immobilie privat verkauft wird, ist der Gewinn nach Ablauf einer Spekulationsfrist von zehn Jahren aktuell steuerfrei. Das wollen wir ändern und damit für mehr Steuerertragskraft sorgen. Außerdem werden auf diese Weise Anreize für rein spekulative Immobilienkäufe reduziert und gleichzeitig Anreize für langfristige Investitionen in Immobilien erhöht. Daraus können sich auch positive Effekte auf das Angebot auf dem Wohnungsmarkt ergeben.	keine Aussage	keine Aussage	Dazu wollen wir das deutsche Steuerrecht entbürokratisieren, die Gewerbesteuer durch eine international systemtaugliche Alternative ersetzen und Einkünfte aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung einfacher besteuern.	keine Aussage	Ein weiteres dringend zu schließendes Schupfloch für Vermögende liegt in der Steuerfreiheit von Wertzuwächsen bei Immobilien ab einer Halbedauer von zehn Jahren. Wir wollen, dass dieses Privileg auf selbstgenutzten Wohnraum begrenzt wird.	Es dürfen keine Profite mit dem Besitz von Grund und Boden gemacht werden. In einem ersten Schritt werden deswegen leistungslose Bodenwertzuwächse abgeschöpft

<p>Mobilität</p>	<p>Deutschland ist ein Auto-Land. Die Zukunft der Autos liegt in der Elektromobilität. Wer suggeriert, dass Verbrenner mit E-Fuels die Lösung seien, macht Autos nur noch für Spitzenvendende erschwinglich. (...) Die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen zur Senkung der Strompreise – insbesondere die Deckelung der Übertragungsentgelte – werden Strom für die Produktion von Batterien und Autos und für das Laden noch einmal günstiger machen.</p> <p>(...) Immer mehr Menschen steigen auf Bus, Bahn oder das Rad um. Im Sinne einer nachhaltigen Zukunft ist das eine großartige Entwicklung. Aber: Für viele ist das Auto ein unverzichtbarer Begleiter. Wer heute Verbrenner fährt, für den wollen wir beim nächsten Autokauf oder Leasing den Umstieg auf ein E-Auto attraktiv machen. Den flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur für Pkw und Lkw treiben wir weiterhin zielgerichtet voran. Neben der neuen Förderung für E-Autos wollen wir das Fahrerlebnis mit Stromern rundum stärken: Unser Ziel sind Schnellladestellen auf jedem Supermarktplatz und an jeder Tankstelle. Wir wollen ein kontaktloses und einheitliches Bezahlsystem an allen Ladesäulen und das eigene Auto als Stromspeicher zu Hause ermöglichen. Das Tanken an der öffentlichen Ladesäule darf nicht mit hohen Preisauflagen bestraft werden.</p>	<p>Auf freie Mobilität setzen. Individualverkehr und ÖPNV gehören zusammen und müssen barrierefrei gedacht werden: Bus, Bahn, Schiff, Flugzeug und Auto, Rad- und Fußverkehr ergänzen sich sinnvoll. (...)</p> <p>Jah zu Auto, Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten. Wir sehen in der individuellen Mobilität den Inbegriff von Freiheit und spielen deshalb unterschiedliche Verkehrsmittel nicht gegeneinander aus. Anti-Auto-Haltung, Fahrverbote für Innenstädte, das Umwidmen von Parkplätzen und ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen lehnen wir ab. Der Führerschein muss für junge Menschen bezahlbar sein. Dafür gilt es, Bürokratie abzubauen und die Ausbildung effizient zu gestalten. Das Verbrenner-Verbot muss rückgängig gemacht werden. Die Flottengrenzwerte müssen überprüft, Strafzahlungen verhindert werden. Für die E-Mobilität muss die Ladeinfrastruktur angemessen ausgebaut werden.</p> <p>Mehr Technologie wagen. Neben der Elektromobilität sollen alle klimafreundlichen Möglichkeiten für alternative Antriebe und energieeffiziente Kraftstoffe genutzt werden. Dazu gehören beispielsweise E-Fuels, Wasserstoff und nachhaltige Biokraftstoffe. Wir stehen für Technologieoffenheit. (...)</p> <p>Auf moderne Mobilität setzen. Unser Ziel ist, Technologieführer beim autonomen Fahren und bei nachhaltigen Antrieben für alle Verkehrsträger zu werden. Innovative Mobilität – gerade in der Luftfahrt – hat für uns einen hohen Stellenwert.</p>	<p>Schienen, Straßen und Brücken sind Lebensadern unseres Landes, doch sie wurden über Jahrzehnte auf Verschleiß gefahren. Die Folgen spüren wir alle in unserem Alltag: verspätete Züge, Umwege und Staus. Das ist ein Schaden für Menschen, Wirtschaft und Umwelt. Denn Mobilität ist auch ein Schlüssel zur sozialen Teilhabe.</p> <p>Zugleich ist unser Verkehrssystem noch immer sehr weit davon entfernt, seinen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele zu leisten. Der Verkehrssektor muss endlich auf seinen Pfad entsprechend den Klimazielen umkehren. Dafür werden wir sorgen, da wir die Ideen und Konzepte dafür haben – etwa durch ein zuverlässiges Angebot an Bussen und Bahnen und mit dem klaren Signal hin zur klimafreundlichen E-Mobilität.</p> <p>Wir wollen die Mobilität für alle verbessern. Wir brauchen eine Grundansierung unserer Verkehrsinfrastruktur, Planung und Genehmigungsverfahren haben wir stark beschleunigt. Jetzt gilt es, mit dem Deutschlandfonds eine ausreichende und überjährige Finanzierungsgrundlage für den Erhalt von Straßen und Brücken, für den Ausbau unserer Schieneninfrastruktur sowie unseren öffentlichen Nahverkehrs zu schaffen. Hierfür benötigen wir langfristig neue Finanzierungsmodelle, die gleichzeitig verkehrswirtschaftliche und ökologische Wirkungen beinhalten. Damit wollen wir die Finanzierung unserer Infrastruktur auf eine sichere und langfristige Basis stellen.</p> <p>Durch erhebliche Investitionen in umfassende Barrierefreiheit, sichere Haltestellen und attraktive Mobilitätsangebote stellen wir sicher, dass klimafreundliche Mobilität für alle zugänglich ist und der Verkehrssektor seine Klimaziele erfüllen kann.</p> <p>Während unser Schienennetz deutschlandweit einen leistungsfähigen Ausbau braucht, ist das Straßennetz bereits flächendeckend gut ausgebaut und benötigt daher Sanierungen statt Neubau. Dazu wollen wir einen integrierten Bundesmobilitätsplan erarbeiten, der Basis für eine klimaneutrale, flächenschonende und sozial gerechte Mobilität bis 2045 ist. Bis der Bundesmobilitätsplan beschlossen ist, werden wir den Bundesverkehrswegeplan unter Berücksichtigung der Klimaziele kritisch überprüfen. Verkehrswege wollen wir erhalten und sanieren, das Schienennetz spürbar ausbauen und stärker elektrifizieren, stillgelegte Bahntrassen – gerade in den ländlichen Räumen – reaktivieren und modernisieren sowie bundesweit den Ausbau eines guten Radwegenetzes dauerhaft und verlässlich finanzieren.</p> <p>(...) Der Verkehrsbereich hat den größten Aufholbedarf beim Erreichen der Klimaziele. Deshalb erhöhen wir die Dynamik, indem wir den Ausbau der Bahn noch weiter intensivieren und den Umstieg auf E-Mobilität beschleunigen.(...)</p> <p>Mit einem Mobilitätsgesetz wollen wir die Mobilitätswende rechtlich verankern. Statt eines Verkehrsmittels stellen wir den Menschen mit seinen vielfältigen Bedürfnissen in den Mittelpunkt. Mit der Priorisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), des Schienen-, Fuß- und Radverkehrs wird Deutschland zu einem Vorreiterland der modernen Mobilität. Wir bringendas Verkehrsrecht auf die Höhe der Zeit, um allen Menschen in Stadt und Land barrierefreie Mobilität, etwa mit E-Kleinfahrzeugen, zu ermöglichen. Weniger Stau und Luftverschmutzung, mehr Barrierefreiheit und Verkehrssicherheit sind dabei unsere Ziele.</p>	<p>Technologiefreiheit statt ideologischer Verkehrspolitik</p> <p>Alle Generationen in unserem Land vereint das Bedürfnis nach individueller Mobilität. Statt eines Verbotes des Verbrennungsmotors, ermöglichen wir alternative Kraftstoffe wie etwa E-Fuels. Denn nicht die Antriebstechnik, sondern die fossilen Kraftstoffe sind das Problem. So können wir auch in Zukunft die Bestandteile klimaneutral betreiben. Damit sichern wir bezahlbare und nachhaltige Mobilität unabhängig von der Antriebsart. Auch der Flug- und Schiffsverkehr lässt sich mit alternativen Kraftstoffen umweltfreundlicher gestalten.</p> <p>(...) Für eine technologieneutrale, nachhaltige Mobilitätspolitik wollen wir eine Gleichstellung von Elektromobilität, klimaneutralen Kraftstoffe (z. B. aus Strom oder Biomasse) und Wasserstoff bei Regulation, Besteuerung und Förderung. Nur durch echte Offenheit für verschiedene Technologien können wir die Mobilität der Zukunft gestalten. Diese muss den Klimaschutz voranbringen und gleichzeitig die wirtschaftliche Stabilität stärken.</p> <p>(...) Mit dem Deutschlandticket haben wir den Tarifdrehpunkt erreicht und den Zugang radikal vereinfacht. Jetzt müssen die Verkehrsverbände und Länder ihre verknüpten Strukturen aufbrechen und notwendige Reformen umsetzen. Starre Linienerkete werden wir durch flexible, bedarfsgerechte Angebote ergänzen. Die Grundlage dafür sind verfügbare Daten und digitale Plattformen. Durch die digitale Vernetzung verschiedener Verkehrsträger schaffen wir nahtlose Mobilitätsketten vom ersten bis zum letzten Kilometer, „Mobility Hubs“ bilden effiziente Umstiegsmöglichkeiten.</p>	<p>Verkehrspolitik – ideologiefrei und bedarfsgerecht</p> <p>Die AfD spricht sich für eine an den Bedürfnissen der Bürger orientierte Verkehrspolitik aus. Eine ideologisch geleitete Verkehrspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, lehnt die AfD ab. Im Vordergrund steht für uns die Freiheit der Bürger in der Wahl des Verkehrsmittels. Individuelle Mobilität muss bezahlbar bleiben.</p> <p>Den Motorisierten Individualverkehr schützen</p> <p>Die AfD unterstützt und fördert den motorisierten Individualverkehr als belebteste Möglichkeit der Fortbewegung. Intelligente Technik und staovermeidende Verkehrsführung schützen die Umwelt. Wissenschaftlich mangelhaft belegte 505 Maßnahmen, wie z.B. Dieselfahrverbote oder Tempo-30-Regelungen auf Hauptstraßen erreichen das nicht. Gleichzeitig fordert die AfD den Erhalt und Ausbau von innerstädtischen Fahrspuren und Parkraum zur Vermeidung von wachsendem Verkehrschaos sowie zum Schutz der Attraktivität des Einzelhandels. (...) Grundsätzlich setzt die AfD auf das Verantwortungsbewusstsein der Bürger ein. In diesem Zusammenhang wollen wir auch das begleitete Fahren bereits ab 16 Jahren ermöglichen.</p>	<p>Verkehrspolitik für alle statt Bevormundung und Verbote</p> <p>Das Auto ist nach wie vor das wichtigste Verkehrsmittel in Deutschland. Während jeder Dritte täglich das Auto nutzt, fährt nur jeweils jeder Zehnte mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem Fahrrad. Das Auto ist für die meisten Menschen wichtiger Teil des Alltags und ermöglicht Mobilität, insbesondere auf dem Land. Wir wollen Schluss machen mit der Autofeindlichkeit, für die insbesondere die Grünen in der Verkehrspolitik stehen. Autofahren immer teurer zu machen, ist rücksichtslos gegenüber denen, die auf ihr Auto angewiesen sind. Wir wollen, dass jeder sein Fortbewegungsmittel selbst wählen kann. Dafür braucht es preiswerte Kraftstoffe und einen bezahlbaren und gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr: sicher, sauber und günstig. Dass über Jahrzehnte unabhngige Bahnhufe im ganzen Land geschlossen wurden und in vielen Dorfen keine Busse mehr fahren, hat dem sozialen Zusammenhalt im Land massiv geschadet.</p>	<p>Die Autoblobby ruft nach E-Fuels und dem Aus für das Verbrenner-Auto. Dabei braucht es das Gegenteil: eine konsequente Mobilitätswende, den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und des Schienennetzes sowie günstige Ticketpreise. Gute Verbindungen auch in der Nacht und im landlichen Raum. Studte mit kurzen Wegen. Dann gibt es auch Planungssicherheit für die Industrie und im Schienen- und Fahrzeugbau entstehen gute Industriest jobs (siehe Kapitel 8).</p> <p>Alternativen zum Fliegen und zum Autofahren m ussen für alle funktionieren. Sonst kann niemand das Auto stehen lassen. Um den großen Investitionsbedarf der Verkehrsinfrastruktur vom jährlichen Bundeshaushalt unabh ngig und damit langfristige verlässlich zu machen, schlagen wir die Schaffung eines verkehrstr agerbergreifenden, mehrj ahrligen Infrastrukturfonds nach Schweizer Vorbild vor. (...)</p> <p>Anstatt an alter Technik festzuhalten, damit die Konzerne noch weiter Profite machen können, muss die Industrie so umgebaut werden, dass gute Arbeit gesichert und geschaffen wird. Das geht nur sozial gerecht. Weder E-Fuels noch Wasserstoff sind praktikable Lösungen für den Individualverkehr. Auch die reine Umstellung auf E-Autos ist keine tragfähige Strategie für die Verkehrswende und die Bew gung der Krise in der Automobilindustrie. Der Anteil des Verkehrssektors an der globalen Klimazerst orung wird nur nachhaltig reduziert, wenn es weniger Individualverkehr gibt. Unsere Verkehrs- und Umweltpolitik f ordert den Ausbau kollektiver Verkehrssysteme und die Reduzierung von Transport- und Verkehrswegen. Die aktuelle Krise der Automobilindustrie sollte Anlass für den nachhaltigen Umbau und Diversifizierung der Unternehmen sein. Das wird aber nicht ohne politische Steuerung dieses Prozesses gelingen. Wir wollen die Kfz-Steuer neu gestalten und gro e und schwere Autos deutlich st arker besteuern. Wir sehen keine Notwendigkeit für regul are PKWs, die mehr als zwei Tonnen wiegen. Damit schonen wir auch die Str a en und sparen Gelder für ihren Unterhalt. Mit Flottenumbau und öffentlicher Beschaffung werfen wir den Motor für den Umbau der Automobilindustrie an. Die öffentliche Hand soll Vorreiter für die Elektromobilit at werden. Ab sofort sollen in der Regel reine E-Fahrzeuge angeschafft werden.</p>
<p>Deutschlandticket</p>	<p>Das Deutschlandticket ist ein großer Erfolg. Wir haben es nach gegen Widerstand erhalten. Priorität hat jetzt Verlässlichkeit: Wir wollen das Deutschlandticket dauerhaft anbieten. Dafür werden wir es gemeinsam mit den Ländern finanziell absichern und weiterentwickeln, um es für weitere Millionen Menschen bezahlbar und attraktiv zu machen. Einen günstigen Preis wollen wir mit einem transparenten Preismechanismus erhalten:</p>	<p>Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben und das Deutschlandticket weiter zu einem günstigen Preis für alle anbieten. Unser Ziel ist, gemeinsam mit den Ländern einen Ticketpreis von 49 Euro sicherzustellen</p>	<p><i>siehe Mobilit at, Ticket soll erhalten bleibenBS-E5H8C8: E948;E8A8;E9A8;E8</i></p>	<p>Das Deutschlandticket muss zu einem ehrlichen Preis angeboten werden, die vorhandenen Mittel sollen für die Verbesserung des Angebots und des Schienennetzes ausgegeben werden und nicht für Subventionen.</p>	<p>Wir setzen uns für niedrigere Preise bei Bus und Bahn und für den dauerhaften Erhalt des Deutschland-Tickets zum bezahlbaren Preis ein.</p>	<p>Die Erhöhung des Abopreises auf 58 Euro ist fatal und die unterschiedlichen Lösungen in den Ländern müssen bundesweit einheitlich gestaltet werden. Mit einer Mehrerwersteuerbefreiung für den öffentlichen Nahverkehr wird kurzfristig Geld für den Nahverkehr frei. Wir wollen das 9-Euro-Ticket sofort wieder einführen. Für Schüler*innen, Azubis, Studierende und Senior*innen wollen wir ein sofortiges 0-Euro-Ticket. Die Mitnahme von Kindern und von Fahrrädern und Hunden muss inklusive sein. Für alle Abnehmer*innen fordern wir sechs Freifahrten pro Jahr im Fernverkehr. Perspektivisch fordern wir einen kostenfreien ÖPNV in ganz Deutschland. Die Pendlerpauschale wollen wir durch ein Mobilit atsgeld ersetzen.</p>	

<p>Bahn</p>	<p>Wir haben entschieden reagiert und Milliardeninvestitionen in unsere Infrastruktur auf den Weg gebracht. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter. Wir machen unsere Schienen, Straßen und Wasserwege wieder fit und sorgen dafür, dass sie wieder zu einem Standortvorteil für Deutschland werden. Wir werden Verkehr von der Straße vor allem auf die Schiene und auch auf die Wasserstraße lenken. Unser Ziel ist eine nutzerorientierte und klimaneutrale Mobilität. Den Weg dahin gestalten wir sozial gerecht: Mobilität muss für alle barrierefrei und bezahlbar sein.</p>	<p>Deutsche Bahn zukunftsfähig aufstellen. Dazu verschlanken wir das Unternehmen und stellen es neu auf. Für mehr Wettbewerb müssen Infrastruktur- und Transportbereich stärker als bisher voneinander getrennt werden. Für Instandhaltung, Ausbau und Modernisierung übernimmt der Bund die Hauptfinanzierung. Dem Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur, zum Beispiel in Richtung Polen, gilt unser besonderes Augenmerk.</p>	<p>Deutschland soll ein Bahnland werden, in dem seine Wege preiswert, bequem und klimaneutral zurücklegen kann. Hier bleibt viel zu tun, aber der Anfang ist gemacht: Immer mehr Menschen fahren Bahn. Takte werden verbessert und neue Züge eingesetzt. Unser Ziel ist der Deutschlandtakt, der Städte und Regionen regelmäßig und verlässlich miteinander verbindet. Das Schienennetz, das wir monde vorgefunden haben, werden wir weiter mit Hochdruck sanieren und im erforderlichen Maß ausbauen.</p>	<p>Für mehr Wettbewerb auf der Schiene Die Bahn muss ein zuverlässiges Verkehrsmittel sein. Voraussetzung dafür ist mehr Wettbewerb auf der Schiene. Wir trennen Netz- und Betrieb bei der Deutschen Bahn, um die betriebliche Effizienz zu steigern, klare Verantwortlichkeiten zu schaffen und die Instandhaltung sowie den Ausbau der Infrastruktur zu optimieren. Mit einem Mix aus verstetigter Finanzierung, reformierten Strukturen und Anreizen durch Wettbewerb auf der Schiene werden wir diese Ziele erreichen. (...) Im Fernverkehr wollen wir eine Öffnung hin zu mehr Wettbewerb, um den Kunden ein breiteres und besseres Angebot zu ermöglichen. Die ambitionierte Sanierung der Hauptverkehrsachsen im Schienennetz werden wir überprüfen und bei nachgewiesenen Erfolge fortsetzen. (...) Moderne Infrastruktur – Planungsverfahren beschleunigen Eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur ist der Schlüssel für Wachstum und Wohlstand. (...) Wir haben das Straßenverkehrsrecht vereinfacht und Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung auf den Weg gebracht. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter. Ziel ist es die Planungszeiten für alle Infrastrukturprojekte mindestens zu halbieren, um Straßen, Schienen, Wasserstraßen und digitale Netze schneller auszubauen</p>	<p>Sichererer, sauberer und verlässlicher Schienenverkehr Für den Schienenpersonenverkehr muss Deutschland ein besser ausgebaut und abgestimmtes öffentliches Nah- und Fernverkehrsnetz erhalten, das sich am einfachen und zuverlässigen Modell der Schweiz orientiert. Das Bundesschienennetz muss real dem Gemeinwohl dienen und effizient betrieben werden. Der Bahnkonzern muss dafür in eine GmbH umgewandelt und so strukturiert werden, dass der Bund seine 540 Infrastrukturparte wirksam steuern kann. Pünktlichkeit, Sicherheit und Sauberkeit sowie eine optimale Taktung von Bus-, Bahn- und Vernetzung mit dem Flugverkehr müssen gewährleistet sein. Die AfD unterstützt den Ausbau des zu lange vernachlässigten Schienennetzes – insbesondere die Beseitigung von Engpässen und die Erweiterung des Hochgeschwindigkeitsnetzes.</p>	<p>Die Probleme der Deutschen Bahn, auch was den Personenverkehr angeht, sind hausgemacht. Privatisierungslösungen und falsche Prioritäten sowohl im Management als auch in der Politik haben es möglich gemacht, dass die einst so stolze Deutsche Bahn jetzt vor allem mit Verspätungen, Zugausfällen und endlosen Pannen verbunden wird. Wir wollen eine Bahn, die sich wieder auf ihre Kernaufgaben in unserem Land – den Nahund Fernverkehr sowie den Gütertransport auf der Schiene – konzentriert. Sie muss wieder zu dem öffentlichen Vorzeigunternehmen werden, das sie einst war.</p>	<p>Damit die Bahn wieder pünktlich und zuverlässig fährt, muss das Netz saniert, elektrifiziert, Strecken reaktiviert und ausgebaut werden, natürlich barrierefrei. Wir halten am Ziel fest, bis 2030 den Anteil des Schienengüterverkehrs mindestens auf 25% zu erhöhen und den Schienenpersonenverkehr zu verdoppeln. Für uns ist klar: Planungs- und Baukapazitäten sind begrenzt. Wer Bahnstrecken und Brücken beschleunigt ausbauen und sanieren will, muss auf den Neu- und Erweiterungsbau von Autobahnen verzichten. Wir wollen uns beim Straßenbau auf die Sanierung des Bestands konzentrieren. Eine pünktliche Bahn braucht nicht nur sanierte Schienen. Sie benötigt auch genügend einsatzfähiges Personal. Dafür müssen die Arbeitsbedingungen attraktiver werden. Die langen Absenzenheiten im Fahrdienst und Zugservicebereich müssen verkürzt und durch zusätzliche Freizeit ausgeglichen werden. Die Bahn muss zu einer echten Alternative werden. Wir wollen bezahlbare Bahnpreise! Dazu wollen wir die Deutsche Bahn gesetzlich verpflichten, die Strom- und Trassenpreise zu senken und die Mehrwertsteuer für Bahntickets abschaffen (siehe Kapitel 1 und 3). Dafür braucht jede Großstadt stündliche Fern- und Nachtzugverbindungen – quer durch Europa! So machen wir fliegen auf vielen Strecken überflüssig. (...)</p>
<p>Radverkehr</p>	<p>siehe Mobilität</p>	<p>Das Rad mit anderen Verkehrsmitteln verknüpfen. Dazu setzen wir auf neue Radwege, den Ausbau des Netzes und Mobilstationen, vor allem an Verkehrsknotenpunkten. „Shared Mobility“ als Zukunftsmarkt stärken wir.</p>	<p>Stärkung des Radverkehrs. Ansonsten siehe Mobilität</p>	<p>Ein faires Miteinander aller Verkehrsteilnehmer - ob Auto, Motorrad, Fahrrad, E-Scooter oder Fußgänger - erreichen wir nicht durch Verbote, sondern durch ausgewogene Regeln und gegenseitigen Respekt.</p>	<p>keine Angabe</p>	<p>Wir wollen eine Verkehrspolitik, die für alle Verkehrsteilnehmer da ist – vom Autofahrer bis zum Fußgänger. Dafür braucht es sichere Radwege in der Innenstadt ebenso wie einen attraktiven öffentlichen Nah- und Fernverkehr und intakte Straßen und Autobahnen.</p>	<p>Wir setzen uns für mehr Platz auf den Straßen, mehr sichere und intakte Rad- und Fußwege und mehr Fahrradabstellanlagen ein. Deutschland braucht ein flächendeckendes bundesweites Radverkehrsnetz.</p>
<p>E-Mobilität</p>	<p>Das Laden an öffentlichen Ladestellen muss in Zukunft so einfach wie und auch günstiger werden als das Tanken. Wir werden beim Ladeausbau weiter Tempo machen und Tankstellen verpflichten. Schnelllademöglichkeiten anzubieten. Wir machen weiter Tempo beim Ladeausbau – entlang der Straßen und Autobahnen und in Depots und Betriebsstellen. Damit auch der Urlaub oder die Geschäftsreise elektrisch werden, fördern wir eine europäische Schnellladeladestellen-Offensive. Wir werden außerdem den Kauf von E-Autos stärker ankurbeln. Wir wollen mit einem zeitlich befristeten Steuerabzugsbetrag für die Anschaffung eines in Deutschland produzierten E-Autos auch den privaten Neuwagenkauf fördern.</p>	<p>Wir sehen zum Auto und zur Automobilindustrie. Das Verbrenner-Verbot muss rückgängig gemacht werden. Für die E-Mobilität muss die Ladeinfrastruktur angemessen ausgebaut werden.</p>	<p>Wir beschleunigen den Hochlauf der Elektromobilität durch gezielte Förderung für die Ladeinfrastruktur und sozial ausgewogene Kauf- und Leasinganreize. (...) Globale ist der Wettbewerb zwischen Verbrenner und E-Autos längst entschieden. Für die Unternehmen in der Automobilindustrie, mit ihren mittelständischen Zulieferbetrieben der 2015 Industriezweig in unserem Land, ist Planungssicherheit entscheidend: dass wir dabei bleiben, ab 2035 nur noch klimafreundliche Antriebe neu zuzulassen. Die konkreten Ziele der EU-Flottengrenzwertverordnung unterstützen wir und lehnen eine Abschwächung ab. Mögliche Strafzahlungen sollen gegebenenfalls gestreckt und für den Hochlauf der E-Mobilität durch europäische Programme genutzt werden. Wir beschleunigen den Hochlauf der Elektromobilität durch gezielte Förderung für die Ladeinfrastruktur und sozial ausgewogene Kauf- und Leasinganreize. Förderung wollen wir dabei nur jenen gewähren, die auch in Europa mit seinen hohen sozialökologischen Standards produzieren: in Europa, für Europa.</p>	<p>Für eine technologieunabhängige, nachhaltige Mobilitätsplattform wollen wir eine Gleichstellung von Elektromobilität, klimaneutraler Kraftstoffe (z. B. aus Strom oder Biomasse) und Wasserstoff bei Regulierung, Besteuerung und Genehmigungen. Nur durch echte Öffnung für verschiedene Technologien können wir die Mobilität der Zukunft gestalten. Diese muss den Klimaschutz voranbringen und gleichzeitig die wirtschaftliche Stabilität stärken.</p>	<p>Die AfD sieht die strategische Bedeutung der deutschen Automobil- und Zulieferindustrie. Gerade der für den Großteil der Arbeitsplätze zuständige Mittelstand, insbesondere der metallverarbeitende Industrie, ist verbrauchsarmer Verbrenner gefordert und durchgesetzt, wären wir heute in Sachen Emissionsminderung weiter. Ähnliches gilt für Mobilitätslösungen, die Verbrenner- und Elektromotoren kombinieren, deren Weiterentwicklung aber die 100%-Klimaneutral-Idologie verhindert. (...) Statt blind auf E-Mobilität zu setzen, wollen wir verschiedene Ansätze fördern, darunter neue Antriebstechnologien, alternative Kraftstoffe und die Entwicklung sparsamerer Verbrennermotoren. Das Verbrennerverbot wollen wir kippen. Im Bereich der E-Mobilität müssen preisgünstige Modelle angeboten werden. Hoffpreisse E-Autos sichern die Profite der Hersteller, aber nicht die Mobilitätswende.</p>	<p>Hätten die Europäische Union und die Bundesregierung in den letzten Jahren statt der planlosen und extrem teuren Subventionierung und regulatorischen Privilegierung der E-Mobilität die Entwicklung und den Einsatz verbrauchsarmer Verbrenner gefördert und durchgesetzt, wären wir heute in Sachen Emissionsminderung weiter. Ähnliches gilt für Mobilitätslösungen, die Verbrenner- und Elektromotoren kombinieren, deren Weiterentwicklung aber die 100%-Klimaneutral-Idologie verhindert. (...) Statt blind auf E-Mobilität zu setzen, wollen wir verschiedene Ansätze fördern, darunter neue Antriebstechnologien, alternative Kraftstoffe und die Entwicklung sparsamerer Verbrennermotoren. Das Verbrennerverbot wollen wir kippen. Im Bereich der E-Mobilität müssen preisgünstige Modelle angeboten werden. Hoffpreisse E-Autos sichern die Profite der Hersteller, aber nicht die Mobilitätswende.</p>	<p>Die Mobilität der Zukunft gehört dem Fuß-, Rad-, und öffentlichen Nahverkehr. Sogenannte E-Fuels sind äußerst ineffizient und teuer. Sie werden, ebenso wie Biokraftstoffe und Wasserstoff, auch zukünftig knapp bleiben und können nur eingesetzt werden, wo es wirklich keine bessere Alternative gibt. Biokraftstoffe sind für uns überhaupt nicht eine Alternative, wenn sie regional produziert sind und nicht in der Konkurrenz zu Lebensmittelprodukten stehen. Transporte von Biokraftstoffen lehnen wir ab. Für den Individualverkehr sind sie keine realistische Option, ebenso wie E-Fuels. Deshalb ist die Orientierung auf E-Autos richtig. Es braucht langfristige Planungssicherheit für Verbraucher*innen und Industrie, daher halten wir am Auslaufen von Neuwagenverkauf für Verbrenner entsprechend der gültigen EU-Richtlinie fest. Nach Bedarf fördern wir den Umstieg auf effiziente E-Autos für Handwerk, soziale Dienste, Taxibetriebe, Kleingewerbe und Menschen auf dem Land mit niedrigem Einkommen.</p>
<p>Luftverkehr/Schifffahrt</p>	<p>Den Weg zu einem klimaneutralen Luftverkehr wollen wir im Sinne eines fairen Wettbewerbs (Level-Playing-Field) für unsere Flughäfen und Airlines gestalten. Wir streben EU-weit einheitliche Regelungen an, die die Verlagerung von CO2-Emissionen (Carbon Leakage) vermeiden. Wir wollen die Luftverkehrsteuer in eine EU-Klimaabgabe umwandeln, die von allen Airlines gezahlt wird, auch von denen außerhalb Europas. Wir werden die Wasserstraßeninfrastruktur ertüchtigen, die Nationale Hafenstrategie zügig umsetzen und die Modernisierung der Schiffsflotten unterstützen. Forschung und Marktschlupf für nachhaltige Kraftstoffe wie E-Fuels sind besonders für Luftverkehr und Schifffahrt zentral.</p>	<p>Luftverkehrsstandort Deutschland erhalten. Die Gesamtkosten des Luftverkehrs werden auf ein wettbewerbsfähiges europäisches Niveau zurückgeführt.</p>	<p>Um den Luft- und Schiffsverkehr klimaneutral zu modernisieren, unterstützen wir die Produktion nachhaltiger Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel E-Kerosin. Höhere Technologien zur Kraftstoffeffizienz und den schnellen Aufbau einer klimaneutralen Energieversorgung in Häfen, insbesondere einer klimaneutralen Landstromversorgung. Inlandsflüge wollen wir durch eine Verbesserung der Bahn überflüssig machen.</p>	<p>Klimaschutz im Luftverkehr marktwirtschaftlich und wettbewerbsneutral gestalten Flugreisen sind für viele Menschen ein wichtiger Bestandteil ihres Lebens – sei es beruflich oder privat. Durch gute Rahmenbedingungen, Wettbewerb und Innovation wurden Flugreisen erschwinglich und für alle zugänglich. Das wollen wir erhalten. Weltweiter Passagier- und Güterverkehr durch die Luft ist Ausdruck eines starken und wettbewerbsfähigen Deutschlands. Damit das so bleibt, streichen wir die Luftverkehrsteuer und senken Luftversicherungsgebühren auf ein wettbewerbsfähiges Niveau. Airlines und Flughäfen brauchen unternehmerische Freiheit statt staatlicher Gängelung. Die Modernisierung der Flughafeninfrastruktur darf nicht an staatlicher Bürokratie scheitern. Die EU-Quoten für nachhaltige Flugkraftstoffe dürfen europäische Airlines nicht einseitig belasten.</p>	<p>Flugverkehr als Wirtschaftsfaktor stärken Der globale Flugverkehr ist von elementarer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland und darf nicht kurzfristig einer unwissenschaftlichen Klima-Hysterie geopfert werden. Deutschlands Flughafen sind als Wirtschaftsfaktor zu stärken. Nach dem Ende der Corona-Einschränkungen haben – abgesehen von Deutschland – alle Länder Europas das vor-Corona-Niveau längst wieder erreicht. Die deutschen Flughäfen und Fluggesellschaften leiden dagegen unter überbordenden, rein ideologisch begründeten Nebenkosten, die sie nur begrenzt an ihre Kunden weitergeben können. Viele Flüge werden dadurch unrentabel, weshalb es bereits zu erheblichen Verkehrsverlagerungen ins Ausland kommt. Die AfD befürwortet die Abschaffung der Luftverkehr- und Ticketsteuern und richtet sich gegen unfaire EU-CO2-Reduktionsziele.</p>	<p>keine Angabe</p>	<p>Flüge, die kürzer sind als 500 Kilometer oder fünf Zugstunden, wollen wir verbieten. Neue Flughafenkapazitäten sind nicht nötig. Den sozialen und ökologischen Dumpingwettbewerb im Luftverkehr wollen wir unterbinden. Bahn- und Flugverkehr müssen endlich steuerlich gleichgestellt werden. Wir wollen eine einheitliche Kerosinsteuer in der EU und auf Flugtickets ins Ausland soll der volle Mehrwertsteuersatz fällig werden. Die Zeit für übertriebene Luxus der Reichen, die das Klima zerstören, ist vorbei. Wir wollen Privjets und Megayachts über 60 Metern Schiffslänge verbieten. Es darf keine öffentliche Förderung für Flugtaxi geben. Während sich die einen den Besuch bei den Verwandten im Ausland kaum leisten können, machen andere Kurztrips zum Shoppen nach Dubai. Anstatt pauschaler Mehrbesteuerung von Flügen über den CO-2 Preis fordern wir eine Vielfliegersteuer. Ab dem fünften Flug pro Jahr kostet jeder weitere Flug weitere 200 Euro mehr.</p>
<p>Umsatzsteuer/Gastro</p>	<p>Keine spezifische Senkung, SPD will MWS für Lebensmittel des täglichen Bedarfs auf 5% senken und geht davon aus, dass die Geschäfte die Senkung an die Verbraucher weitergeben.</p>	<p>Gastro-Steuer runter. Wir reduzieren die Umsatzsteuer auf Speisen in der Gastronomie auf sieben Prozent.</p>	<p>keine Aussage</p>	<p>Gastronomische Angebote müssen bezahlbar bleiben. Ein reduzierter Umsatzsteuer-Satz für Speisen in der Gastronomie gilt in 23 EU-Mitgliedstaaten und sollte auch in Deutschland gelten. Ein einheitlicher Umsatzsteuersatz von 7 Prozent auf Speisen, egal ob vor Ort oder zum Mitnehmen, würde nicht nur den Kunden, sondern auch den Beschäftigten in der Gastronomie zu Gute kommen.</p>	<p>Wiedereinführung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes in der Gastronomie</p>	<p>Keine Senkung der Gastro-MWS, sondern Absenkung für Grundnahrungsmittel. Stattdessen fördern wir eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf 0 Prozent für Grundnahrungsmittel wie Fleisch, Getreide, Milchprodukte, sowie Obst und Gemüse. Allerdings hätte eine solche Änderung nur Sinn, wenn sie tatsächlich an die Verbraucher weitergegeben würde und nicht am Ende auf den Kosten der Aldi-Erben oder der Schwarz-Familie landet.</p>	<p>keine spezifische Regelung. Die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel soll auf 0 gesenkt werden Grundnahrungsmittel, Hygieneprodukte, Bus und Bahn (Regional- und Fernverkehr) wollen wir von der Mehrwertsteuer befreien. Wir stellen gesetzlich sicher, dass die Mehrwertsteuersenkung sich in den Preisen niederschlägt – und nicht in Profite der Unternehmen fließt.</p>
<p>Visa</p>	<p>Wir werden durch mehr Zentralisierung, Digitalisierung und Entbürokratisierung die Anknüpfstrukturen optimieren, um Verfahren zu beschleunigen und klare Perspektiven zu schaffen.</p>	<p>Schnellere und digitale Prozesse für Erwerbswanderer. Dazu richten wir eine digitale Bundesagentur für Einwanderung („Work-and-Stay-Agentur“) ein. Fachkräfte erhalten so Service aus einer Hand, von der Anwerbung und Arbeitsplatzvermittlung über die Prüfung der Einreisevoraussetzungen und Visavergabe bis hin zum Aufenthaltstitel. Wir trennen die Asylverfahren von den Verfahren zur Einwanderung in den Arbeitsmarkt.</p>	<p>Damit sich Fach- und Arbeitskräfte für unser Land entscheiden, stellen wir nach Jahrzehnten der Abschottung unseres Arbeitsmarktes endlich die Digitalisierung der Visavergabe von Kopf auf die Füle. Das heißt: Visa komplett zu digitalisieren und Wartezeiten zu verkürzen.</p>	<p>siehe Einwanderung, generell Nutzung der Digitalisierung für schnellere Prozesse</p>	<p>Bei - nicht näher genannten Staaten soll wegen Asylmissbräuchen die Visaverfahrensverfahren verschärft werden</p>	<p>keine Angabe</p>	<p>Nur in Bezug auf Einwanderung erwähnt</p>

<p>Einwanderung Arbeitnehmer</p>	<p>Wir treten Menschen mit Respekt gegenüber, völlig egal, wo sie ihre Wurzeln haben; mit klaren und nachvollziehbaren Regeln, weniger Bürokratie und einer deutlich transparenteren und vereinfachten Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen. Fair gestaltete Einwanderung darf nicht zu Ausbeutung, Lohn dumping, unfairem Wettbewerb oder einer Erosion des Tarifgefüges beitragen. Wir werden das Fachkräfteeinwanderungsgesetz weiterentwickeln, und die Digitalisierung der Verwaltungsentscheidungen vorantreiben. Zudem werden wir den Job-Turbo zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter fortsetzen und ausweiten.</p>	<p>Schnellere und digitale Prozesse für Erwerbszuwanderer. Dazu richten wir eine digitale Bundesagentur für Einwanderung („Work-and-Stay-Agentur“) ein. Fachkräfte erhalten so Service aus einer Hand: von der Anwerbung und Arbeitsplatzvermittlung über die Prüfung der Einreisevoraussetzungen und Visavergabe bis hin zum Aufenthaltstitel. (...) Wir trennen die Asylverfahren von den Verfahren zur Einwanderung in den Arbeitsmarkt. (...) Berufsbegleitender Spracherwerb. In vielen Branchen und Berufen sind nicht abgeschlossene Integrations- oder Sprachkurse kein Grund, die Arbeitsvermittlung aufzuschieben. Wir sorgen dafür, dass der Spracherwerb auch berufsbegleitend erfolgt.</p>	<p>Deutschland muss für die besten Arbeitskräfte aus aller Welt attraktiv sein. Wir wollen, dass Menschen, die bei uns arbeiten wollen, ihr Arbeitsvisum online beantragen können und dafür nur einen Ansprechpartner brauchen. Eine digitale Einwanderungsagentur soll den Einwanderungsprozess modernisieren und beschleunigen. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Austausch mit Annen und Behörden noch leichter auf Englisch erfolgen kann. Die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen vereinfachen wir deutlich und schaffen dafür eine zentrale Anerkennungsstelle. Die Arbeitshindernisse für Geflüchtete bauen wir weiter ab, auch weil sie über den Arbeitsmarkt schneller in unsere Gesellschaft integriert werden. (...) Darauf wollen wir weiter aufbauen, indem wir mehr Berufsausbildungsabschlüsse noch leichter anerkennen sowie die Anrechnung von Berufserfahrung entbürokratisieren und vereinfachen – für eine echte Willkommenskultur.</p>	<p>Wir wollen geordnete Migration nach klaren Regeln, die auch durchgesetzt werden. (...) Unser Land braucht mehr Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Wir haben mit dem Einwanderungsgesetz die Regeln verbessert. Als nächsten Schritt fordern wir ein Einwanderungsgesetzbuch aus einem Guss, in dem alle gesetzlichen Grundlagen für Einwanderung und Asyl gebündelt werden. Zudem muss jetzt eine Neuorganisation der behördlichen Strukturen und Verfahren im Bereich der Arbeitsmigration folgen. Wir wollen, dass Menschen, die in den deutschen Arbeitsmarkt einwandern wollen, nur noch mit einer staatlichen Stelle zu tun haben. Um einen solchen One-Stop-Shop für die Einwanderung in den Arbeitsmarkt zu schaffen, muss der gesamte Visaprozess auf den Prüfstand gestellt werden. Hochqualifizierten Fachkräften wollen wir die Einwanderung in den Arbeitsmarkt weiter erleichtern. Die Europäische Blue Card wollen wir für weitere nicht-akademische Fachkräfte öffnen und die unpraktikablen Verdienstuntergrenzen abschaffen. Das Instrument der Westbalkanregelung wollen wir ausweiten. Außerdem wollen wir den Absolventen der weltweit besten 200 Universitäten ein einjähriges Orientierungsvisum zur Arbeitsfindung nach niederländischem Vorbild ermöglichen.</p>	<p>(...)Wir werden stattdessen unsere Grenzen wieder selbst kontrollieren und die Bundespolizei als Grenzbehörde einsetzen um illegale Einreisen wirksam zu unterbinden und illegal einreisende Personen konsequent an der Grenze zurückweisen zu können. Dies dient auch der grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung. Den Pendler-, Urlaub- und Wärenverkehr werden wir dabei weiterhin gewährleisten. Keine Arbeitslaubnis außerhalb verpflichtender genehmigter Arbeitsgelegenheiten mehr für Asyltragsrichter und abgeleitete Asylbewerber Förderung der Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte Wir begrüßen die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte, die zum Erfolg unseres Landes beitragen können. Das gilt für alle Berufsfelder, in denen bei uns Mangel herrscht, beispielsweise im Handwerk, im Gesundheitswesen, in naturwissenschaftlichen und IT-Berufen. Beenden werden wir dagegen den Irrweg der Vermischung von qualifizierter Zuwanderung auf Dauer und humanitärem Schutz auf Zeit. Vor jeglicher weiterer außereuropäischer Fachkräfteeinwanderung werden wir zunächst die heimischen Potentiale ausschöpfen. Geeignete außereuropäische Arbeitskräfte werden wir danach bedarfsgerecht nach strikten Kriterien auswählen. Folgende Maßnahmen werden wir in diesem Zusammenhang umsetzen: • Die Abwanderung von einheimischen, meist hochqualifizierten Arbeitskräften muss genauso, wie die Abwanderung ganzer Unternehmen mit aller Kraft verhindert werden. Statt solcher Abwanderungen brauchen wir Rückgewinnungsprogramme für abgewanderte Leistungsträger. • Auch technologische Lösungen wie Künstliche Intelligenz (KI), Robotik und Digitalisierung oder ökonomische Produktivitätssteigerungen sind zur Bekämpfung eines etwaigen Fachkräftemangels konsequent umzusetzen. • Bei ungelerten Personen sind in erster Linie Erwerbsfähige zu qualifizieren, die bereits heute legal in Deutschland leben. • Wir begrüßen die Aufnahme europäischer Arbeitskräfte, die insbesondere im Rahmen der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit nach Deutschland kommen, werden zugleich aber den hierbei vorhandenen Missbrauch entschieden bekämpfen. • Für außereuropäische Fachkräfte ist das Fachkräfteeinwanderungsrecht zu reformieren. Im Rahmen eines Auswahlverfahrens werden wir ein Punktesystem mit klaren Auswahlkriterien, wie z. B. Berufserfahrung, bereits bestehende Arbeitsverhältnisse bzw. vorhandene Verträge, ausreichende Sprachkenntnisse, etc. einführen und bedarfsgerecht entsprechende Branchen und Quoten festlegen. Für hochqualifizierte außereuropäische Bewerber wollen wir das bewährte Instrument der Blauen Karte EU fortentwickeln und zukünftig insbesondere Experten in den MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) sowie Facharbeiter ansprechen. Begrenzung der Zuwanderung auf qualifizierte Arbeitskräfte, damit diese am Ende ihres Erwerbslebens nicht auf deutsche Sozialleistungen angewiesen sind.</p>	<p>Fachkräfte-Mangel ist in Deutschland seit Jahren ein großes Thema. Leider führt die Debatte in der Regel nur zu einem Ruf nach mehr Einwanderung, während die hausgemachten Ursachen kaum thematisiert werden: akuter Lehrermangel, Unterrichtsausfall und falsche Lehrpläne (...)</p>	<p>Es braucht Aufenthalts- und Arbeiterlaubnis unabhängig von Beschäftigungsdauer und Arbeitgeber sowie flächendeckende Kontrollen zur Durchsetzung des Mindestlohns. Qualifikationen und Abschlüsse auch von Nicht-EU-Bürger*innen müssen schneller anerkannt werden. (...) Wir setzen uns für eine umfassende Visaliberalisierung sowie ein offenes und solidarisches Einwanderungsrecht ein, das sich nicht mehr am Maßstab von Herkunft oder ökonomischer Verwertbarkeit orientiert. (...) Wir fordern, dass alle Geflüchteten ab dem Tag ihrer Ankunft in Deutschland eine uneingeschränkte Arbeiterlaubnis erhalten.</p>
-----------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>Fach- und Arbeitskräftemangel/Arbeit</p>	<p>Damit sich Mehrarbeit auszahlt, werden Zuschläge für Mehrarbeit, die über die tariflich vereinbarte Vollzeitarbeit hinausgehen, steuer- und beitragsfrei gestellt. Wir werden einen neuen steuerlichen Anreiz zur Ausweitung der Arbeitszeit von Teilzeitschäftigen schaffen: Wenn Arbeitgeber eine Prämie für die Ausweitung der Arbeitszeit zahlen, werden wir diese Prämie steuerlich begünstigen. Missbrauch werden wir ausschließen. Die konkrete Ausgestaltung der Arbeitszeit ist ein Kernbestandteil der Tarifautonomie. Die Tarifvertragsparteien können in den Branchen besser die jeweiligen Bedürfnisse und Gegebenheiten beurteilen und passgenaue Lösungen finden. Wir unterstützen die Gewerkschaften in dem gemeinsamen Ziel, dem gesteigerten Bedürfnis der Beschäftigten nach flexiblen Arbeitszeiten, Arbeitszeitverkürzung oder mehr Wahlposten und einer damit einhergehenden besseren Vereinbarkeit von Arbeit und Freizeit Rechnung zu tragen. Tarifautonomie. Die Tarifvertragsparteien können in den Branchen besser die jeweiligen Bedürfnisse und Gegebenheiten beurteilen und passgenaue Lösungen finden. Die Modernisierung von Arbeitszeitmodellen ermöglicht eine bessere Balance zwischen Beruf und Privatleben. (...) Wir wollen (...) die Mindestausbildungsvergütung anheben. (...) An vielen Stellen unserer Wirtschaft wird der Fachkräftemangel durch die Abwanderung von Fachkräften, die die Beschäftigten (...) "weniger Schutzrechte für die Beschäftigten". Diesen Ton schlägt die CDU an, wir nicht. Notwendig sind vielmehr eine richtig gute Ausbildung und Qualifikation. Wer das gesetzliche Rentenalter erreicht und freiwillig weiterarbeitet, bekommt sein Gehalt bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei. Darüber hinaus haben wir die Hinzuverdienstgrenzen bei Wöchentlicher deutlich an (...) Das sogenannte Bürgergeld schaffen wir ab und ersetzen es durch eine Neue Grundversicherung. Den Vermögensvorrang führen wir wieder ein. (...) • Arbeitsanreize verstärken. Wir reformieren die Hinzuverdienstgrenzen und die Transferentzugsraten, um die Anreize zu erhöhen, eine Arbeit aufzunehmen oder mehr zu arbeiten. (...) • Vermitteln, vermitteln. (...) Wir legen den Fokus der Jobcenter auf eine intensive und qualifizierendere Unterstützung der Hilfesuchenden. • Berufsbegleitender Spracherwerb. In vielen Branchen und Berufen sind nicht abgeschlossene Integrations- oder Sprachkurse kein Grund, die Arbeitsvermittlung aufzuschieben. Wir sorgen dafür, dass der Spracherwerb auf die Rente auch eine Einmalzahlung in Anspruch nehmen können. (...) • Jeder Bürger und jeder Bürger hat das Recht auf Arbeit. Deshalb soll jeder Bürgergeldbezieher ein passendes Angebot erhalten. (...) Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren und werden deshalb den Passiv-Aktiv-Transfer ausweiten, vereinfachen und gesetzlich verankern. Wir wissen, dass die meisten Menschen im Bürgergeldbezug, zu arbeiten können, auch arbeiten wollen. Das Bürgergeld ist eine steuerfinanzierte Grundversicherung und kein bedingungsloses Grundeinkommen. Deswegen wird zu Recht Mitwirkung eingefordert. An diesem Prinzip des Formens halten wir fest. Ziel des Bürgergelds ist es, Menschen mithilfe von Qualifizierung und Weiterbildung zu unterstützen, die eigene Hilfebedürftigkeit zu beenden. Wir wollen die Jobcenter dafür personell und finanziell so ausstatten, dass sie eine individuelle und engmaschige Beratung sicherstellen können. (...)</p>	<p>• Flexibler arbeiten. Wir reformieren das Arbeitszeitgesetz und legen für alle Unternehmen anstelle der täglichen oder wöchentlichen Höchstleistungszeiten sowie Gleichstellung im Betrieb erweitern. Die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen verbessern wir durch gleiche Löhne und flexible Arbeitszeitmodelle und durch das Rückkehrrecht in Vollzeit. Eine gute Kinderbetreuung ist dabei wesentliche Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit aller Erziehenden. Es kommt uns dabei darauf an, Arbeit und Familie vereinbaren zu lassen und Sorgearbeit fairer zu verteilen. • Betreuungskosten sollten umfangreicher bei der Steuer absetzbar sein. (...) Wir halten an der Rente mit 67 fest. Aber wir schaffen Anreize und machen es den Menschen leichter, länger zu arbeiten, wenn sie dies wollen, auch über die Regelaltersgrenze hinaus. Wir schaffen daher einen flexibleren Übergang in Altersteilzeit und Vorteile, damit sich die Weiterarbeit neben dem Rentenbezug noch mehr lohnt. Dafür werden wir den Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung an die Arbeitnehmer*innen auszahlen, falls sie sich gegen freiwillige Beiträge in die Rentenversicherung entscheiden. (...) • Wir wollen den Haushalt entlasten, indem wir mehr Geflüchtete und mehr Bürgergeldbezieher*innen in Arbeit bringen. (...) • Unser Ziel ist es, so viele Menschen wie möglich in zumutbare Arbeit oder Selbstständigkeit zu führen. Auf dem Weg dahin unterstützen wir sie durch Qualifizierung, Ausbildung, Weiterbildung und vor allen Dingen durch schnelle und nachhaltige Vermittlung. Wir fordern dabei ihre aktive Mitwirkung ein. (...) • Wir verbessern die Anreize zur Aufnahme von Arbeit und schaffen Arbeitsmöglichkeiten, um Menschen wieder zurück an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Wenn Menschen trotz Arbeit auf zusätzliche Unterstützung angewiesen sind, soll es sich für sie noch mehr als bisher lohnen, ihren Stundenanflug zu erhöhen.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen das deutsche Arbeitszeitgesetz reformieren, indem wir mit einer wöchentlichen statt einer täglichen Höchstleistungszeit neue und flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen. Ebenso müssen die Vorgaben zur Arbeitszeit flexibilisiert und Öffnungsklauseln zu Ruhezeitregelungen genutzt werden. Die Politik darf nicht weiter in die Vertragsfreiheit eingreifen, weshalb wir gesetzliche Regelungen für eine Vier-Tage-Woche mit vollem Lohnausgleich ablehnen. (...) Das Arbeitsrecht wollen wir entschärfen und Dokumentationspflichten beim Mindestlohn vereinfachen. Digitale Arbeitsverträge müssen in allen Branchen möglich sein. Die Verfahren zur Entsendung von Arbeitnehmern innerhalb der EU wollen wir deutlich einfacher und digitaler machen (z.B. A1-Bescheinigung). Um zusätzliche Arbeitsanreize zu schaffen, wollen wir Zuschläge für Überstunden bei Vollzeitarbeit von der Lohnsteuer befreien. (...) Wir wollen die Hinzuverdienstregeln in der Grundversicherung und im Wohnlohn so verbessern, dass sich Arbeit und Leistung spürbar immer mehr lohnen. Wir wollen die Hinzuverdienstregeln so reformieren, dass nicht die Kombination aus Bürgergeld und Minijob besonders lohnend ist, sondern sich Stück für Stück an einer Sozialleistung herausarbeiten (...). Wir setzen uns für ein modernes Altersbild ein, das die Potenziale Älterer am Arbeitsplatz über den Renteneintritt hinaus, bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und beim ehrenamtlichen Engagement fördert. Das Renteneintrittsalter individualisieren wir. (...) [Bürgergeld] Wir wollen die Zumutbarkeitsregeln dahingehend anpassen, dass auch längere Pendelstrecken und Umzüge für Personen ohne Kinder und ohne pflegebedürftige Angehörige zumutbar sind. Zusätzlich wollen wir Toturlaubseiner einführen</p>	<p>Fachkräftemangel durch höhere Erwerbsanreize reduzieren, indem Einkommenssteuern gesenkt werden und das Bürgergeld unattraktiver gemacht wird, Arbeitsanreize für Rentner schaffen, durch einen zusätzlichen Steuergrundfreibetrag in Höhe von 12.000 €, (...) Keine Arbeitslosigkeit ausfallen verpflichtender gemeinnütziger Arbeitsleistungen mehr für Asylantragsteller und abgelehnte Asylbewerber (...) Wir wollen erwerbsfähige Grundversicherungsberechtigter schneller wieder in Arbeit bringen, damit sie wieder auf eigenen Beinen stehen können. Gleichzeitig senken wir so die Kosten für die Steuerzahler, die unsere Grundversicherungssysteme finanzieren. Dabei gehen wir vom Grundsatz aus, dass jeder, der arbeiten kann, auch arbeiten soll, anstatt der Gesellschaft zur Last zu fallen. Dazu wollen wir Erwerbsfähige Bürgergeldempfänger, die nach 6 Monaten noch immer im Leistungsbezug sind, zu gemeinnütziger Arbeit heranziehen,</p>	<p>Um mehr Menschen in Arbeit zu bringen, setzen wir zudem auf eine gezielte Unterstützung der Arbeitssuchenden. Mitwirkungspflichten bei Qualifizierungsangeboten sind notwendig, um Perspektiven zu schaffen. Wer Maßnahmen ohne triftige Gründe ablehnt, muss mit Konsequenzen rechnen. Statt primär auf die Anwerbung ausländischer Fachkräfte zu setzen und damit die Abwanderung qualifizierter Personals aus ihren Heimatländern zu fördern, wollen wir in erster Linie junge Menschen in Deutschland qualifizieren und ausbilden und ihnen damit echte Chancen auf dem Arbeitsmarkt bieten. (...) Wir wollen eine deutlich höhere Tarifquote für Deutschland. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir ein Bündel an Maßnahmen umsetzen: Öffentliche Aufträge und Subventionen sollen nur noch an Unternehmen vergeben werden, die Tariflöhne zahlen. Zudem wollen wir die Allgemeinverbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen erleichtern. (...)</p>	<p>Der Fachkräftemangel ist inzwischen allgegenwärtig. Die Arbeitsbedingungen müssen sich ändern. Produktives Arbeiten bis zur Rente ist nur mit stärkerer Entlastung besser vereinbar und mit Mitbestimmung möglich. (...) Das Arbeitsministerium soll Tarifverträge für allgemeingültig erklären können – auch ohne Zustimmung der Arbeitgeberseite. Bei Auslagerungen müssen Tarifverträge unbefristet fortgelten. (...) Um Sicherheit und Planbarkeit des Lebens zu ermöglichen, wollen wir Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen abschaffen. Sachgründe für Befristungen werden wir deutlich eher begrenzen, spätestens der 3. Arbeitsvertrag beim selben Arbeitgeber muss unbefristet sein. Bis zum Verbot der Leiharbeit müssen Leihbeschäftigte ab dem ersten Tag genauso bezahlt werden wie Beschäftigte im Einsatzbetrieb plus 10% Flexibilitätszulage. (...) Öffentliche Aufträge dürfen nur Unternehmen bekommen, die Tarifverträge einhalten, auch bei ihren Subunternehmen. Öffentliche Verwaltungen und Betriebe in öffentlichen Eigentum müssen mit den Gewerkschaften realistische Schritte für Entlastung und gute Arbeit vereinbaren, um den Personalanflug zu beheben. Dazu gehören ausreichend finanzierte öffentliche Haushalte, die gute Arbeitsbedingungen ermöglichen statt Milliarden und Multimilliarden zu beschenken. Wir brauchen bessere Arbeitsschutzregelungen gegen berufliche Überlastung und erzwingbare Mitbestimmung für Betriebsrat bei Personalbemessung und der Vorbeugung von Belastungen. Beschäftigte sollten wöchentliche Beratungssitzungen bekommen, um sich über die Arbeitsbedingungen zu verständigen. Arbeitsschutzbehörden brauchen mehr Personal und Bußgelder müssen empfindlich erhöht werden. Berufskrankheiten müssen leichter anerkannt werden. Eine Ausbildungsanlage muss Ausbildungsbetriebe und Betriebe, die nicht selbst ausbilden, an den Kosten der Ausbildung beteiligen. Alle Unternehmen einer Branche müssen zusätzlich in einen Weiterbildungsfonds einzahlen. Wir unterstützen die Gewerkschaften im Kampf um kürzere Arbeitszeiten bei vollem Lohn- und notwendigem Personalanflug in allen Branchen. Eine geringere Wochenarbeitszeit oder eine Vier-Tage-Woche ermöglichen mehr Erholung und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir verteidigen den 8-Stunden-Tag als Obergrenze und mindestens 11 Stunde Ruhezeit zwischen Schichten. Auszubildende sollen einschränken und die wöchentliche Höchstleistungszeit auf 40 Stunden begrenzen. Arbeitsunterberechnungen müssen bezahlt werden, sie sind keine Freizeit der Beschäftigten. Wir setzen uns für einen Rechtsanspruch auf eine Vollzeitstelle und auf familienfreundliche Schichten ein. Alle Beschäftigten brauchen das Recht auf vorübergehende Verkürzung ihrer Arbeitszeiten und auf eine sechswöchige Pflegezeit mit Lohnfortzahlung. Wir setzen uns für einen gesetzlichen Urlaubsanspruch von sechs Wochen im Jahr ein. (...) Wir wollen Arbeitszeitmodelle, die es Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf mit Familie und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Statt einer Flexibilisierung von Arbeitszeit, die sich lediglich an betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen die Beschäftigten mehr Zeitaufnahme. Wir wollen den Kündigungsschutz für Eltern bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres des Kindes ausweiten</p>	
<p>Mini- und Midijobs</p>	<p>Mini-Jobs sind vorgezeichnete Wege in die Altersarmut. Unser Ziel ist, alle Beschäftigungsverhältnisse in die soziale Sicherung einzubeziehen. Wir wollen Missbrauch bekämpfen und Beschäftigten den Weg aus Mini-Jobs in sozial gut abgesicherte Arbeit öffnen. Dabei wird es Übergänge für bestehende Arbeitsverhältnisse und Ausnahmen für bestimmte Gruppen wie zum Beispiel Rentnerinnen und Rentnern geben.</p>	<p>keine Aussage</p>	<p>Minijobs wollen wir schrittweise in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen, mit Ausnahmen für Rentner*innen, Schüler*innen und Studierende</p>	<p>keine Aussage</p>	<p>keine Aussage</p>	<p>Wir wollen gesetzliche Grundlagen schaffen, um Mini- und Midijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu überführen und den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit zu beenden. Befristungen mit Sachgrund wollen wir deutlich reduzieren. Sachgrundlose Befristungen und Kettenbefristungen lehnen wir ab.</p>	<p>Volle Sozialversicherung in jedem Arbeitsverhältnis ab dem 1. Euro statt Minijobs, Midijobs und Ausnahmen für ausländische Saisonbeschäftigte. Alle brauchen Krankenversicherung, eine Rente und Schutz bei Arbeitslosigkeit. Auch für Soloselbstständige müssen Auftraggeber*innen Sozialversicherungsbeiträge zahlen und branchenweite Mindesthonorare einhalten. (...) Wir wollen für alle Beschäftigten sechs Wochen Freistellung bei vollem arbeitgeberfinanziertem Lohnausgleich beim ersten Auftreten eines familiären Pflegefalls. (...) Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich [soll] gefördert werden. Im Leben soll genügend Zeit für Erwerbsarbeit, für Familie, die Sorge für Kinder, Partner und Freunde, für politisches Engagement, für individuelle Weiterbildung, Freizeit und Kultur sein. Wenn alle ihre Erwerbsarbeitszeit auf eine „vollzeitnahe Teilzeit“ verkürzen (mehrheitlich die Männer) bzw. erhöhen (mehrheitlich die Frauen) profitieren alle davon. Die „vollzeitnahe Teilzeit“ muss zur „neuen Normalarbeitszeit“ in Bereichen des öffentlichen Sektors werden, z. B. in Krankenhäusern, Pflegeheimen oder Kitas. Wir unterstützen die Gewerkschaften in allen Branchen bei ihren Forderungen nach einer geringeren Wochenarbeitszeit oder einer Vier-Tage-Woche bei vollem Lohn- und notwendigem Personalanflug in allen Branchen.</p>

<p>Mindestlohn</p>	<p>Die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns muss sich an den Empfehlungen der europäischen Richtlinie orientieren, also an mindestens 60 Prozent des mittleren Einkommens in Deutschland. Wir werden dafür sorgen, dass dieses europäische Recht von der Mindestlohnkommission künftig berücksichtigt wird. Demensprechend muss der Mindestlohn spätestens ab 2026 bei 15 Euro liegen.</p>	<p>Die Union hat 2014 den gesetzlichen Mindestlohn eingeführt. Er ist ein wichtiger Teil der Arbeitsmarktordnung. Wir stehen zum gesetzlichen Mindestlohn und der unabhängigen Mindestlohnkommission. Lohnfindung muss weiterhin Sache der Sozialpartner sein und nicht der Politik. Einen politischen Mindestlohn lehnen wir ab. Wir unterstützen eine gute Lohnentwicklung. Denn sie zeugt von Leistung und Produktivität.</p>	<p>Faire Löhne verlangen nach einem fairem Mindestlohn, damit Leistung auch anerkannt wird. Um die Inflation der vergangenen Jahre auszugleichen, braucht es jetzt einen Mindestlohn von zunächst 15 Euro im Jahr 2025, der auch für unter-18-Jährige gilt. Das entspricht auch den Vorgaben, die bei der Umsetzung der Mindestlohnrichtlinie der Europäischen Union (EU) einzuhalten sind. Und es braucht eine stärkere Tarifbindung.</p>	<p>Löhne und Gehälter werden in der sozialen Marktwirtschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgehandelt. Wir respektieren die Tarifautonomie und lehnen politische Eingriffe in die Arbeit der unabhängigen Mindestlohnkommission ab.</p>	<p><i>Nur eine Aussage zu Mindestlohn in Behinderterkstätten</i></p>	<p>Wir wollen den gesetzlichen Mindestlohn unverzüglich auf 15 Euro anheben. Der Mindestlohn muss dauerhaft arbeitsfest sein. Künftige Anpassungen sollen sich an der EU-Mindestlohnrichtlinie orientieren (60 Prozent des Median-Einkommens). Mini- und Midjobs, Befristungen sowie der Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit machen noch immer für Millionen von Menschen eine verlässliche Lebensplanung unmöglich.</p>	<p>Gesetzlichen Mindestlohn entsprechend der [EU]-Mindestlohn-Richtlinie erhöhen! Für 2025 wären das 15 Euro. Jährlich muss er um die Inflationsrate steigen. Er muss ohne Ausnahmen für alle Beschäftigten gelten, auch für Jugendliche. Die Mindestlohnkommission darf nicht mehr gegen die Stimmen der Gewerkschaften entscheiden. Alle Arbeitsetzungen müssen elektronisch erfasst werden, damit Unternehmen ihre Beschäftigten nicht um den Mindestlohn betrogen. (...)</p> <p>Mindestlohn auch in den Werkstätten: Die Europäische Mindestlohnrichtlinie schreibt vor, dass auch in Werkstätten für Menschen mit Behinderung Mindestlohn gezahlt wird. Auch in Deutschland muss dies unverzüglich umgesetzt werden!</p>
<p>Bürokratieabbau</p>	<p>In Deutschland dauern viele Planungs- und Genehmigungsverfahren zu lange. Die Bundesregierung hat im letzten Jahr mit den Ländern einen Deutschlandpakt zur Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung vereinbart. Höhere Geschwindigkeit und weniger Bürokratie für mehr wirtschaftliches Wachstum sind das Ziel. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. Auch auf nationaler und EU-Ebene werden wir den Abbau von Bürokratie etwa durch Zusammenführung, Vereinfachung und Digitalisierung von Dokumentations- und Berichtspflichten vorantreiben. Neue Gesetze müssen einen Praxischeck unterzogen werden. Beim Abbau von Bürokratie nutzen wir die Chancen der Digitalisierung. Die Grundlage dafür bildet eine flächendeckende Versorgung des ganzen Landes mit Glasfaser und Mobilfunk. Beim Bürokratieabbau achten wir darauf, dass Arbeitnehmerrechte, Verbraucherrechte und Ziele des ökologischen Wandels nicht gefährdet werden. Um weitere konkrete Möglichkeiten des Bürokratieabbaus zu ermitteln, wird ein sozialdemokratischer Bundeskanzler eine Konferenz mit Vertreterinnen und Vertretern von Wirtschaft und Verwaltung durchführen. (...)</p> <p>Ein Schlüssel dafür ist der digitale Datenaustausch zwischen allen Behörden. Er muss problemlos funktionieren. Dafür wollen wir ein System der einmaligen Übermittlung von Daten aufbauen und den dafür notwendigen Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern zügig abschließen. Wir setzen die Registermodernisierung um und bauen plattformbasierte Lösungen zur Antragsbearbeitung auf. Dazu gehört, dass wir das Ausländerzentralregister (AZR) modernisieren und es zur zentralen Informationsplattform in Ausländer- und Asylrecht machen. Daten werden nur einmal erfasst und allen relevanten Behörden digital bereitgestellt. Wir setzen auf die flächendeckende Nutzung der eID, der elektronischen Identität, die es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, sich sicher digital auszuweisen. Damit schaffen wir eine Grundlage für moderne Verwaltungsdienstleistungen und sorgen für eine EU-weite Kompatibilität, damit die digitale Identität auch grenzüberschreitend nutzbar ist. Um Verwaltungsdienste zentral und unkompliziert verfügbar zu machen, führen wir die DeutschlandID ein.</p>	<p>Unser Land vom Bürokratiewahnsinn heilen. Wir beschließen Jahrgesetze zum Bürokratieabbau als echte Entrümpelungsgesetze und stärken die Bürokratiebremse („One in, two out“). Wo sinnvoll möglich, geben wir Gesetzen und Regelungen ein Verfallsdatum. Wir wollen genau wissen, wo der Schuh drückt: Deshalb machen wir mehr Bürokratiechecks in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Unternehmen. Bürokratieabbau stärken. Wir holen den Nationalen Normenkontrollrat (NKR) sowie die Zuständigkeit für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung zurück in das Bundeskanzleramt. Für einen echten Mehrwert stellen wir uns schlagkräftig vor und straffen die Strukturen, auch damit der NKR verschärft untergesetzliche Vorschriften in den Blick nehmen kann.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Belastungen sofort stoppen. Das deutsche Lieferkettengesetz schaffen wir ab. In Europa wollen wir Belastungen einen Riegel vorschieben, etwa der Regulierung für nachhaltige Investitionen (Taxonomie) oder der Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Sustainability Reporting). • Trend bei EU-Bürokratie umkehren. Weil wir den Menschen grundsätzlich vertrauen, wollen wir zur vertrauensbasierten Gesetzgebung zurückkommen. Am besten ist die Bürokratie, die gar nicht erst entsteht. Daher werden wir ein „EU-Foresheeking“ einführen, um in Brüssel viel früher, strategischer und erfolgreicher bei europäischen Rechtsakten mitzuwirken. • EU-Bürokratie ablehnen. Mit einem Gesetz gegen Draufsetzen – „Anti-Gold-PlatingGesetz“ – nehmen wir Regelungen zurück, die über europäisches Recht hinausgehen, und unterbinden künftig jegliche Übererfüllung. Parallelregelungen auf europäischer und nationaler Ebene lehnen wir ab. • Vertrauen statt verzetteln. Wir kehren in Handwerk, Einzelhandel, Gastronomie oder Hotellerie bei Dokumentationspflichten die Beweislast um und ersetzen die regelmäßigen Nachweise durch ein Anzeigerrecht von Verstößen. • Statistiklasten abbauen. Wir reduzieren Statistikpflichten, Datenerhebungen und Meldungen durch ein Verweisungsrecht für Unternehmen. Dafür muss die Behördenkommunikation über bereits vorliegende Daten besser werden. Das reicht aber nicht: Auch Doppelstrukturen bei den Statistikämtern müssen konsequent abgebaut werden. • Schriftform im Arbeitsrecht lockern. Wir stellen alle noch bestehenden arbeitschriftform im Arbeitsrecht lockern. Wir stellen alle noch bestehenden arbeitsrechtlichen Erfordernisse der Niederschrift auf Papier mit eigenhändiger Unterschrift und persönlicher oder postalischer Übergabe auf den Prüfstand. Nur dort, wo es zwingend ist, soll die Schriftform beibehalten werden, zum Beispiel bei Kündigungen und branchenspezifischer Schutzbedürftigkeit. • Arbeitnehmerfreizügigkeit stärken. Wir machen uns dafür stark, dass insbesondere das Verfahren zur grenzüberschreitenden Einsendung von Erwerbstiteln in das EU-Ausland vereinfacht und digitalisiert wird (A1-Bescheinigung, Melde- und Registrierungsverfahren). • Rechtssicherheit schaffen. Scheinselbständigkeit verhindern. Wir passen das Statusfeststellungsverfahren im Sinne der Selbständigen und Unternehmen an. • Schluss mit immer mehr Betriebsbeauftragten. Die Pflicht zur Bestellung von Betriebsbeauftragten – zum Beispiel für Abfall, Brandschutz oder Sicherheit – belastet kleine und mittlere Unternehmen sehr. Wir befreien sie davon und vereinheitlichen die Schwellenwerte, ab denen Beauftragte berufen werden müssen. Leistungsfähigkeit und Bürgernähe als Pflichtaufgabe. <p>Wir machen den digitalen Vollzug zum Standard. Dafür setzen wir auch das „Once-Only“-Prinzip konsequent um, wonach Bürger und Unternehmen ihre Daten nur ein einziges Mal an die Verwaltung übermitteln müssen. Das Basisregister für Unternehmen und das einheitliche Unternehmenskonto sind wichtige Bausteine.</p>	<p>(KMU) leiden besonders unter aufwendiger Bürokratie und oft zu komplizierten Regeln. Die Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren haben wir maßgeblich durch das Abschaffen bürokratischer Hürden wie Anträge für einzelne Stecker ermöglicht. Den gleichen Weg müssen wir in allen Bereichen gehen. Mit dem Praxischeck haben wir dafür ein pragmatisches und erfolgreiches Instrument zum Abbau unnötiger Bürokratie in Deutschland eingeführt, das wir in der nächsten Legislatur skalieren werden. Dabei werden Sektor für Sektoren die Betroffenen aus Unternehmen, Verwaltung und Zivilgesellschaft eingebunden, unnötige bürokratische Hürden bestimmt und praktische Lösungen zu deren Abbau identifiziert, ohne soziale oder ökologische Schutzstandards abzuhauen. Das werden wir nun flächendeckend und systematisch ausrollen und auch in den Gesetzgebungsprozessen vorab umsetzen. Bei jeder Gesetzgebung muss die einfache Umsetzbarkeit im Vordergrund stehen. Ein wesentliches Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der Verwaltung: Wir wollen, dass zentrale öffentliche Dienstleistungen für Unternehmen an einer Stelle gebündelt werden und Daten nur einmal eingereicht werden müssen. Die Notarpflichten werden wir vereinfachen und reduzieren, um so Kosten zu senken und Zeit zu sparen. (...)</p> <p>Damit mehr Unternehmen von den KMU-Ausnahmeregel profitieren können, werden wir die Schwellenwerte für die Definition von KMU anheben. Ein wesentliches Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der Verwaltung. Wir wollen, dass zentrale öffentliche Dienstleistungen für Unternehmen an einer Stelle gebündelt werden und Daten nur einmal eingereicht werden müssen.</p>	<p>Bürokratieabbau in Deutschland Wir Freie Demokraten fördern ein sofortiges dreijähriges Moratorium für Bürokratie: In dieser Zeit dürfen keine neuen Regularien beschlossen werden, die für Unternehmen zu neuen bürokratischen Belastungen führen, es sei denn, sie sind vorher in gleichem Umfang abgebaut worden. Wir wollen ein bürokratiefreies Jahr für Betriebe, in dem sie keine Berichtspflichten erfüllen müssen. Es muss jedes Jahr ein Jahresbürokratieausgleichsgesetz geben, um einen Abbau Pfad für überflüssige Regelungen zu schaffen. Mit einer Bürokratiebremse im Grundgesetz verankern wir den Bürokratieabbau in unserer Verfassung. Wir wollen sicherstellen, den Erfüllungsaufwand für Betriebe im Saldo um mindestens sechs Milliarden Euro pro Legislaturperiode zu reduzieren. Wir wollen eine echte Entrümpelung des Bundesrechts. Denn nur durch eine Bereinigung und Konsolidierung schaffen wir eine Grundlage, die Bürokratie abbaut, Handlungsspielräume erweitert und unsere Wettbewerbsfähigkeit stärkt. Veraltete, widersprüchliche und unnötig komplexe Gesetze müssen abgeschafft werden. Wir wollen Gesetze mit einer Sunset-Klausel häufiger zeitlich befristet. Das bedeutet, dass eine Regelung automatisch außer Kraft tritt, wenn sie nicht aktiv verlängert wird. Zudem wollen wir in Deutschland mehr mit Genehmigungsfiktionen und Stichtagsregelungen arbeiten (...). Wenn eine Behörde nicht innerhalb eines bestimmten Zeitraums auf einen Antrag reagiert, muss der Regelfall künftig die automatische Genehmigung sein. Bürokratie-Monster, wie etwa die Boppflicht, wollen wir ersatzlos streichen. Betrieben dürfen sich nicht länger mit Papierkram rumschlagen müssen. Deshalb wollen wir, dass die Schriftform zur Ausnahme wird. Die Aufbewahrungsfrist für Buchungsbelege wollen wir auf fünf Jahre absenken. Die EU-Kommission ist mittlerweile Hauptquelle der Bürokratie. Deshalb muss es ein striktes Gold-Plating-Verbot geben, das heißt: Europäische Richtlinien dürfen nur 1:1 in deutsches Recht umgesetzt werden. Noch wichtiger ist, dass bürokratische EU-Rechtsakte in Brüssel abgeschafft werden. Berichtspflichten aus dem „Green Deal“ der EU-Kommission wollen wir abschaffen. Dafür setzen wir uns auf europäischer Ebene mit Nachdruck ein. Denn Regelungen wie die EU-Taxonomie, die EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Sustainability Reporting Directive), die EU-Lieferkettenrichtlinie (Corporate Sustainability Due Diligence Directive) oder der Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft sorgen nicht für mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit, sondern in erster Linie für Frust in den Betrieben. Insbesondere der Mittelstand kann den bürokratischen Aufwand häufig kaum noch bewältigen. Das wollen wir ändern und den Bürgern und Unternehmen wieder das Vertrauen schenken, das sie verdienen. Wir treten für die vollständige Abschaffung der oben genannten Regelungen des Green Deal ein. Die Erweiterung der bestehenden Taxonomie um eine Sozial-Taxonomie lehnen wir strikt ab. Auf EU-Ebene braucht es ein System verbindlicher Erfassung von Bürokratiekosten, um ehrgeizige und messbare Ziele für den Bürokratieabbau vorzugeben. Ansonsten siehe Digitalisierung</p>	<p>Strangulierende Bürokratie und wettbewerbsverzerrende Vorschriften reduzieren wir durch: Abschaffung von Lieferkettensorgfaltsgesetz und EU-Lieferkettenrichtlinie Abschaffung des Verpackungsgesetzes Abbau der Nachhaltigkeitsberichterstattung Vereinfachung der Datenschutzgrundverordnung Vereinfachung des Vergaberichts drastische Reduzierung von Vorschriften, Berichts- und Dokumentationspflichten für Mittelstand und Landwirte (...)</p>	<p>Wir wollen den Grundstein für eine Verwaltung legen, die Bürger und Unternehmen unterstützt, statt sie zu belasten, und die dabei effizient arbeitet. Bürokratieabbau ist eine Investition in ein innovatives, dynamisches und gerechtes Deutschland. Ein großer Teil der bürokratischen Lasten hat in den letzten Jahren ihren Ursprung im EU-Recht. Wir lehnen die Übererfüllung von EU-Standards bei der Umsetzung in nationales Recht ab. EU-Auflagen, die Unternehmen übermäßig belasten, deren Nutzen jedoch fragwürdig ist, sollen nicht mehr in nationales Recht übernommen werden (...) Wir werden einen nationalen Tag der Entrümpelung einführen, der zweimal im Jahr stattfindet. In Behörden sollen Führungskräfte und Mitarbeiter an diesem Tag den Fokus darauf richten, welche Regeln und Richtlinien nicht mehr gebraucht werden und wie Verfahren und Prozesse vereinfacht und beschleunigt werden können.</p>	<p>keine Angabe</p>

<p>Lebensmittelenzeichnung</p>	<p>Um den Zucker-, Salz- und Fettgehalt in unseren Lebensmitteln zu reduzieren, legen wir verbindliche Ziele fest und setzen ökonomische Anreize für weniger gesundheitsschädliche Produkte – über eine Herstellerabgabe für zuckerhaltige Getränke.</p>	<p>Bei der Ernährung auf mündige Bürger setzen. Wir setzen auf Ernährungsbildung und gute Information, aber nicht auf unwirksame Werbeverbote oder Lenkungssteuer. Für Lebensmittel wollen wir eine verpflichtende, praxistaugliche Herkunftsenzeichnung. (...) Verbraucher müssen klar und verbindlich über Tierwohl und Herkunft tierischer Produkte informiert sein.</p>	<p>Wir haben die Haltungskennzeichnung für Schweinefleisch eingeführt und ermöglichen Verbraucher*innen damit eine bewusste Kaufentscheidung. Diese Kennzeichnung werden wir auch auf die anderen Tierarten und die Außer-Haus-Verpflegung ausweiten. Kleine Gastronomiebetriebe werden wir ausnehmen.</p>	<p>Für uns Freie Demokraten basiert eine verantwortungsvolle Ernährungspolitik auf Verbraucherkompetenz, Bildung und Wählbarkeit. (...) Innovationen verbessern die Qualität, Sicherheit und Nachverfolgbarkeit unserer Lebensmittel. Sie sorgen dafür, dass Verbraucher gesunde und vertrauenswürdige Produkte erhalten können. Eine gesunde Ernährung gelingt aber nur, wenn auch die Verbraucher selbst bereit sind, ihre Essgewohnheiten zu hinterfragen und aktiv zu verändern. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen die nötigen Informationen erhalten, um selbstbewusste Entscheidungen zu treffen. Gemeinsam mit den Bundesländern wollen wir Bildungsprogramme stärken und effektiver gestalten. Eingriffe in Rezepturen lehnen wir ab, ebenso neue Lenkungsabgaben z.B. auf Zucker. Produkte, die sicher und gesund sind, sollen auch weiterhin transparent und positiv beworben werden können, damit Verbraucher die Wahl haben, was am besten zu ihrem Leben passt.</p>		<p>✓ Wir treten für klare und verständliche Kennzeichnungen auf allen Lebensmitteln ein. Verbraucher müssen auf den ersten Blick erkennen können, was in einem Produkt enthalten ist und woher es stammt. Diese Transparenz ist Grundvoraussetzung für eine verantwortungsvolle Kaufentscheidung. Lebensmittel dürfen nicht durch staatliche Abgaben wie eine Fleischsteuer noch teurer gemacht werden.</p>	<p>Lebensmittel im Handel brauchen ein einheitliches staatliches Label, das Klima, Umwelt, Tierschutz, Gesundheit und soziale Aspekte berücksichtigt. Das muss überall erkennbar und transparent sein. Wir fordern mehr Lebensmittelkontrollen und dass die Ergebnisse im Internet und an der Ladentür veröffentlicht werden müssen.</p>
<p>KMU</p>	<p>In einem modernen Land mit den richtigen Rahmenbedingungen können Industrie, KMU, Dienstleistungen, Handwerk, Start-ups und Landwirtschaft aufblühen.</p>	<p>Mittelstand mehr berücksichtigen. Wir vereinfachen für kleine und mittlere Unternehmen den Zugang zu Forschungs- und Innovationsprogrammen des Bundes. Bürokratie führen wir auf ein absolutes Minimum zurück. Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) stärken wir ebenso wie die Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF), das Programm Innovationskompetenz INNO-KOM und KMU-innovativ.</p>	<p>Damit mehr Unternehmen von den KMU-Ausnahmeregel profitieren können, werden wir die Schwellenwerte für die Definition von KMU anheben.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen die Besteuerung vor allem für kleine und mittlere Unternehmen sowie Familienunternehmen einfacher machen und sie so entlasten. So sollen mehr Unternehmen als bisher die Möglichkeit zur Ist-Besteuerung bei der Umsatzsteuer und zur vereinfachten Gewinnermittlung erhalten. Kleinunternehmen erhalten ein Wahlrecht auf Abzug einer prozentualen Betriebsausgabepauschale. Wir erhöhen die Sofortabschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter und erweitern die Sammelabschreibung für Wirtschaftsgüter, deren Wert über der Sofortabschreibungsgrenze liegt. Die Existenz von Unternehmen darf nicht durch die Erbschaft- und Schenkungsteuer gefährdet sein. Wir fordern, dass die Freibeträge automatisch um die Inflationsrate erhöht werden. Nur so bleibt die durchschichtende Wirkung der Erbschaft- und Schenkungsteuer konstant. (...) Gerade kleine und mittlere Unternehmen sowie Familienunternehmen leiden unter der Bürokratie. Auch Startups und Scale-ups verlieren durch bürokratische Hürden Zeit und Flexibilität für ihr Wachstum. Deshalb ist Bürokratieabbau ein Konjunkturprogramm zum Nulltarif.</p>	<p>Siehe <i>Bürokratieabbau</i></p>	<p>Wir wollen Schwellenwerte so gestalten, dass kleine und mittlere Unternehmen (KMU) stärker von Berichts- und Dokumentationspflichten befreit werden. Ziel ist es, den unternehmerischen Freiraum zu erweitern und damit Innovationen zu fördern. (...) Digitalisierung kann aber auch die Bürokratielasten nach oben treiben, vor allem für kleinere Betriebe und Selbstständige, wenn sie zwangsweise verlagert wird. Das ist etwa bei der Pflicht zur elektronischen Rechnungsstellung und zur elektronischen Budgetierung der Fall. Oder auch bei seitens langen Datenschutzerklärungen, die niemand liest, die aber abgelehnt werden können. Derartige Zwangsmaßnahmen lehnen wir ab. Aussonstene Digitalisierung</p>	<p>keine Nennung</p>
<p>Wirtschaftliche Rahmenbedingungen</p>	<p>Wir schaffen einen Deutschlandfonds, der öffentlichen und privaten Investitionsbedarfe erfüllen zu können – etwa bei Strom- und Wärmenetzen, beim Wasserstoffnetz, bei den E-Ladesäulen oder beim Wohnungsbau. Mit dem Deutschlandfonds sollen Staat und private Geldgeber gemeinsam und bürokratiearm in Deutschlands Zukunft investieren können. Der Deutschlandfonds soll anfangs mit 100 Milliarden Euro ausgestattet werden. Er wird so ausgestaltet, dass er auch im bestehenden Rahmen der Schuldregel unseres Grundgesetzes funktioniert – über sogenannte finanzielle Transaktionen. Das vom Bund zur Verfügung gestellte Startkapital für den Deutschlandfonds schafft durch die damit verbundenen Beteiligungen oder Darlehen nämlich Werte für den Bund. Der Deutschlandfonds nutzt dieses Kapital dann, um Unternehmen und Einrichtungen mit den nötigen Finanzmitteln für wichtige Zukunftsinvestitionen auszustatten – per Darlehen oder als Beteiligung. Staatliches Geld ist nur die eine Seite. Zugleich soll privates Kapital mobilisiert werden. Große institutionelle Anleger wie zum Beispiel Versicherungen oder Pensionskassen können so ebenfalls in diese Unternehmen und Einrichtungen investieren. Das stellt die Zukunftsinvestitionen auf breite Schultern und aktiviert privates Kapital. Wir stellen sicher, dass es zu keiner Privatisierung staatlicher Aufgaben der Daseinsvorsorge kommt. Darüber hinaus wollen wir Unternehmen steuerlich entlasten, aber nicht durch pauschale Steuererleichterungen für alle, sondern mit gezielten Anreizen für Investitionen in Deutschland. Investitionsprämie statt bürokratischer Förderprogramme („Made in Germany“-Bonus) Bilanzung Unternehmen-Investitionen (zum Beispiel in klimafreundliche Technologien) vor allem über Förderprogramme gefordert. Das dauert oft zu lange und schafft für die Unternehmen jede Menge unnötige Bürokratie. Statt neuer Förderprogramme wird in Zukunft stärker auf eine unkomplizierte Steuerprämie gesetzt, um Zukunftsinvestitionen zu unterstützen. Im Wachstumschancengesetz war bereits eine Investitionsprämie für den Bereich der Energieeffizienzmaßnahmen angelegt. Mit der neuen Investitionsprämie für bestehende Unternehmen und Neuanstellungen sollen nun Zukunftsinvestitionen in die Technologien von morgen in die Breite angekerbelt werden. (...) Die erfolgreichen Förderprogramme wie GRW oder GAK für die regionale Wirtschaft werden fortgeführt. Wenn Personenunternehmen ihre Gewinne wieder investieren, wollen wir sie steuerlich entlasten. Wir wollen mit der „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“ eine eigenständige Rechtsform einführen, die Nachfolgerinnen und Nachfolger im Mittelstand – zum Beispiel aus der Bekleidungs- oder der realwirtschaftlichen Nachfolge einfacher ermöglicht. Dabei werden Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung ausgeschlossen. Das europäische Behelfrecht werden wir modernisieren, um Unternehmen im Strukturwandel zu unterstützen.</p>	<p>Aufbruch für die Wirtschaft – mit neuer Freiheit Kräfte freisetzen. Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts. Deshalb setzen wir auf Wachstum, Investitionen, Freiräume für unsere Unternehmen und gute Arbeitsplätze. (...) Wir senken die Unternehmenssteuerbelastung auf maximal 25 Prozent, schaffen den Rest-Soli ab und verbessern Abschreibungen und Wertverrechnung. (...) Wir beseitigen mit Entrümpelungsgeboten und Bürokratie-Checks überflüssigen Papierkram. Statistikpflichten und Doppelsteuern bauen wir ab. (...) Wir stoppen Schaltungen: Das nationale Lieferkettengesetz schaffen wir ab. (...) Wir machen Schluss mit Draufschütteln: Dazu nehmen wir die deutsche Überfüllung von europäischem Recht zurück und unterbinden sie künftig. (...) „Grundgesetz der Sozialen Marktwirtschaft“ rechtssicher machen. Wir binden die Wettbewerbsrechtliche Befugnisse des Bundeskartellamts zum Markteingriff wieder an einen Rechtsverstöß. Einen Generalverdacht gegenüber der Wirtschaft lehnen wir entschieden ab. (...) Fairer Wettbewerb in Europa. Wir setzen uns für ein modernes Kartell- und Wettbewerbsrecht ein, das den globalen Markt als Maßstab zugrunde legt.</p>	<p>Unternehmen brauchen gute Wettbewerbsbedingungen und ein gutes Investitionsklima, allen voran klare Rahmenbedingungen und Planungssicherheit. Für unsere Wirtschaft sorgen wir für dauerhaft günstige Energie, erhöhen private und öffentliche Investitionen in Innovation und Infrastruktur, vereinfachen, digitalisieren und beschleunigen staatliche Verfahren und Prozesse und arbeiten daran, das Fachkräftepotenzial in und für Deutschland zu erhöhen. Eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung ist ein entscheidender Standortfaktor. Erleichterungen für Eigenstromproduktion und eine Förderung von langfristigen Abnahmeverträgen sichern der Wirtschaft direkten Zugang zu günstiger Energie. Auch für die Wirtschaft ist die weitere Absenkung der Steuern und Abgaben auf Strom wichtig. Deshalb übernehmen wir die Netzentgelte für die überregionalen Stromleitungen aus dem Deutschlandfonds und senken die Stromsteuer auf das europäische Minimum. Deutschland ist von früheren Regierungen jahrelang auf Verschleiß gefahren worden. Zu lange hat es zu wenig verlässliche öffentliche Investitionen gegeben. Dabei steht hinter jeder öffentlichen Investition realwirtschaftliche Wertschöpfung. Wir wollen der Wirtschaft eine starke, resiliente und verlässliche Infrastruktur bereitstellen, indem wir die öffentlichen Investitionen dafür aus nationalen und aus Mitteln der Europäischen Union (EU) stärken und ausbauen. Dafür werden auch die Schuldenbremse sinnvoll modernisieren. Der Großteil der Investitionen kommt jedoch von Unternehmen und anderen privaten Akteuren. Wir in Deutschland investiert, soll es bei der Steuer leichter haben: Dazu führen wir eine auf fünf Jahre befristete, unbürokratische Investitionsprämie von 10 Prozent für alle Unternehmen und alle Investitionen mit Ausnahme der Gebäudeinvestitionen ein. Diese Prämie wird mit der Staatsprämie des Unternehmens verrechnet; falls die Prämie die Steuerschuld übersteigt, wird sie ausbezahlt.</p>	<p>Wettbewerbsfähige Unternehmensteuern für eine starke Wirtschaft. Die Unternehmen in Deutschland brauchen mehr Freiheit, weniger staatliche Einmischung und eine geringere Steuerlast. Wir brauchen international wettbewerbsfähige Unternehmensteuern. Nur so kann uns eine echte Wirtschaftswende gelingen. Wir wollen wir das deutsche Steuerrecht entbürokratisieren, die Gewerbesteuer durch eine international systemtaugliche Alternative ersetzen und Einkünfte aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung einfacher besteuern. Wir fordern die Absenkung der Unternehmenssteuerbelastung auf unter 25 Prozent. Dazu schärfen wir den Solidaritätszuschlag vollständig ab und senken die Körperschaftsteuer. Doppelbesteuerungen wollen wir konsequent vermeiden. Wir wollen künftig Reingewinne statt Scheingewinne besteuern, indem wir Hinzurechnungsabstände konsequent abschaffen. Die Ungleichbehandlung von Eigenkapital- zu Fremdkapitalverzinsung wollen wir beseitigen, indem wir die steuerliche Absetzbarkeit fiktiver Eigenkapitalzinsen einführen. Die Unternehmen in Deutschland brauchen einen unbeschränkten Verlustvortrag und eine weitere Ausweitung des Verlustrücktrags. Liquidationsverluste wollen wir steuerlich berücksichtigen. Zudem wollen wir Sonderabschreibungen für bewegliche Wirtschaftsgüter und Immobilien angeht an das frühere Fördergebietgesetz in den Blick nehmen. Daraus kann ein echter Investitionsboom entstehen. Für eine moderne sowie effektive Steuer- und Finanzverwaltung Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Once-Only-Prinzip konsequent in der Steuerverwaltung umgesetzt wird. Bürger und Unternehmen sollen bestimmte Informationen der Verwaltung nur einmal bereitstellen müssen. Die Finanzverwaltung muss digitalisiert und effizienter werden. Wir wollen unser Konzept einer „Easy Tax“, eine vorausgefüllte Steuererklärung für viele Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, weiterverfolgen hin zu einer vollautomatisierten Einkommenssteuererlangung. Das spart Zeit, Geld und Nerven. Das gelingt unter anderem durch eine Rentenabzugsteuer. Eine großzügige Arbeitssteuergutschrift und vereinfachte die bisherigen Regelungen zum Jährlichen Arbeitszimmer, zur HomeOffice- und Entfernungskostenpauschale.</p>	<p>Den Wirtschaftsstandort Deutschland wiederherstellen. Wir stehen fest in den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die seit Jahrzehnten Wohlstand und sozialen Frieden in unserem Land sichern. Wir wollen in einer Zeit globaler Herausforderungen die Grundwerte unserer Wirtschaftsordnung bewahren und so weiterentwickeln, dass wir eine freibleibende und erfolgreiche Gesellschaft gewährleisten, in der die Bürger ihr Leben eigenverantwortlich und selbstbestimmt führen können. Wir setzen uns für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft ein, die Innovation und Unternehmertum fördert, Wohlstand für alle schafft und insbesondere dem Mittelstand neue Entfaltungsmöglichkeiten eröffnet. Vorrang für den Wettbewerb – für einen attraktiven Wirtschaftsstandort Staatliche Eingriffe in den Markt werden wir auf ein Minimum reduzieren. Wir sorgen stattdessen für Rahmenbedingungen, die Deutschland wieder attraktiv machen und unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder herstellen. Damit Unternehmen die Zukunft des Standorts Deutschland glauben können, werden wir Den Zugang zu sicherer und bezahlbarer Energie wiederherstellen durch: - Verlängerung der Laufzeiten der Kohlekraftwerke - Wiedereintritt in die Nutzung der Kernenergie - Reparatur und Wiederinbetriebnahme der Nord Stream-Pipelines (...) Abschaffung der CO2-Abgabe - Reduzierung der Energiesteuer und Senkung der Stromsteuer auf das Minimum - Verhinderung immer höherer Netzentgelte durch Windenergie-Ausbaustopps - Senkung der Unternehmenssteuern auf ein international konkurrenzfähiges Niveau - Abschaffung des Solidaritätszuschlags für alle</p>	<p>Mittelstand stärken, Wettbewerb fördern Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft, aber er sieht immer mehr unter Druck. Im Wettbewerb von inländischen mit ausländischen sowie von kleinen mit großen Unternehmen ziehen die Ersteren oft den Kürzeren. Auch im Interesse eines fairen Wettbewerbs müssen von Konzernen ausgesetzte Möglichkeiten, durch internationale Gewinnverlagerung ihre Steuern auf ein Minimum zu drücken, endlich beseitigt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Konzerne für ihre Aktivitäten in Deutschland steuerlich ebenso hoch belastet werden wie mittelständische Betriebe. Weil die Kosten zur Erfüllung bürokratischer Auflagen für kleinere Unternehmen relativ zum Umsatz viel höher sind als für Großunternehmen, wollen wir den Mittelstand konsequent von bürokratischen Auflagen entlasten. Die Wettbewerbspolitik kommt ihrer Aufgabe, marktbeherrschende Stellungen einzelner sehr großer Anbieter zu lasten der Verbraucher und der mittelständischen Konkurrenz zu verhindern, kaum noch nach. Gesetzgeber und Wettbewerbsbehörden haben die konzernfreundliche Ideologie übernommen, dass es angeht nur darauf ankommt, den Missbrauch von Marktmacht zu verhindern, nicht die Marktmacht an sich. Missbrauch nachzuweisen ist jedoch oft schwierig, wie schon der Vordenker des Ordoliberalismus Walter Eucken wusste, der diesen Ansatz vehement kritisierte. Wie von Eucken vorausgesehen, ist die Wettbewerbspolitik dadurch zahllos geworden.</p>	<p>Wenn Steuererleichterungen und Deregulierung das richtige Rezept waren, um eine wettbewerbsfähige Wirtschaft aufzubauen, dann müssten Monaco, die Kaiminnsel und der Sachsenwald blühende Produktionslandschaften sein. Sind sie aber nicht. In Steuererlassen entstehen weder Industriearbeitsplätze, noch werden dort innovative Unternehmen gegründet. Eine international wettbewerbsfähige Produktion hat andere Voraussetzungen: Eine gute Infrastruktur, ausgebildete Fachkräfte, qualifizierte Dienstleister und Zulieferer, Bildung, Forschung, eine ausgewogene Wirtschaftslandschaft aus unterschiedlichen Branchen und Unternehmensgrößen, Lebensqualität und politische Stabilität. (...) Die Linke tritt für eine Reform der Gewerbesteuer in eine Gemeindefiskussteuer ein. Es soll einen höheren Mindeststeuersatz für die Kommunen geben, um Steuerdämpfung einzelner Kommunen auf Kosten der Allgemeinheit zu vermeiden. Wir fordern, dass die Körperschaftsteuer auf 25 Prozent erhöht wird. Um international gegen Steuerwettbewerb und Profitschiebung vorzugehen, setzen wir uns auch für die Erhöhung des globalen Mindeststeuersatzes auf 25 Prozent ein. Die Bemessungsgrundlage muss auf eine realistische Gewinnermittlung erweitert werden, beispielsweise durch die angemessene Besteuerung von Gewinnen, die aus dem Verkauf von Unternehmensanteilen resultieren</p>

<p>Digitalisierung</p> <p>Digitalisierung von Verwaltungsprozessen. Die Grundlage dafür bildet eine flächendeckende Versorgung des ganzen Landes mit Glasfaser und Mobilfunk. Mit fundamental neuen Technologien wie der Künstlichen Intelligenz (KI) oder der Quantentechnologie muss sich auch die Innovationspolitik des Bundes wandeln. Für uns steht deshalb die Weiterentwicklung der KI-Strategie an erster Stelle. Der Fokus soll dabei insbesondere auf der Entwicklung systemischer Innovationen liegen. Dazu zählen unter anderem der Aufbau von branchenspezifischen KI-Ökosystemen sowie die Entwicklung generativer Sprachmodelle für die Bereiche Medizin, Materialforschung und Bildung. Dabei soll auf die bestehenden Strukturen der KI-Landschaft in Deutschland aufgebaut werden. Auch bei der KI-Förderung wollen wir soziale Innovationen und gemeinwohlorientierte Projekte und Strukturen besonders berücksichtigen. Weitere Schwerpunkte sollen die Themen Quantencomputing, Robotik sowie Netzwerktechnologien der nächsten Generation sein.</p>	<p>Mit dem Smartphone alles dabei: Wir setzen mit unseren europäischen Partnern die Einführung einer europaweit gültigen digitalen Ausweisfunktion per Smartphone durch, zum Beispiel für Personalausweis und Führerschein. Freiraume für KI. Die Verordnung der EU („AI Act“) muss verantwortungsvoll, bürokratiearm und innovationsoffen umgesetzt und weiterentwickelt werden. Eine Überforderung können wir strikt ab. Wir fördern und beschleunigen KI-Forschung, unterstützen die Entwicklung von Anwendungen und ermöglichen Freiraume. Die Risiken von KI müssen wir beherrschen, dies aber auf keinen Fall durch eine Überregulierung. Chancen und Vorteile verpassen. Sicherheitsbehörden müssen KI im notwendigen Rahmen nutzen können. Für eine echte Digitalunion. Unser Ziel ist ein europäischer digitaler Binnenmarkt, der Wachstum und Vorteile für die Wirtschaft sowie die Bürgerinnen und Bürger bietet. Zudem müssen wir unabhängig werden. Digitale Souveränität ist eine Frage von Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Dafür kommt es auf klare einheitliche Regeln, ein modernes Wettbewerbsrecht und hochklassige digitale Infrastruktur an, insbesondere eine europäische Cloud, sowie europäische Speicher- und Rechenkapazitäten.</p> <ul style="list-style-type: none"> • KI in Mittelstand und Wissenschaft stärken. Dazu bauen wir mit Partnern aus der Wirtschaft eine branchenspezifische Mittelstandsberatung auf. Wir starten eine Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) zugeschnittene Initiative „KI im Mittelstand“. Das Ziel ist eine niedrigschwellige Förderung von Transferprojekten in Kooperation von kleinen und mittleren Unternehmen und HAW. Zudem müssen Rechenkapazitäten für Forschung und Startups im KI-Bereich ausgebaut und permanent aufgrüftet werden. Wir schaffen einfache Zugänge für kleine und mittlere Unternehmen, Gründer und Wissenschaftler. • Mit KI schneller verwalten. Mit dem Einsatz von KI bauen wir in Deutschland eine effiziente, vollständig digitalisierte Verwaltung für Bürger und Unternehmen auf, die rund um die Uhr an sieben Tagen die Woche niederschwellig und nutzerfreundlich Serviceleistungen erbringen kann. Bei eindeutigen Sachverhalten wollen wir mit KI zu viel schnelleren Bescheiden kommen – wobei für die Bürgerinnen und Bürger selbstverständlich immer ein Recht auf individuelle Überprüfung besteht. <p>Raus aus dem Versorgungsloch. Den Ausbau hochleistungsfähiger Breitband- und Mobilfunknetze bringen wir weiter in die Fläche, gerade auch in den ländlichen Raum. Die noch bestehenden Hindernisse beseitigen wir. Mit Glasfaser machen wir unsere Netze zukunftsfest. Dazu setzen wir auf mehr Wettbewerb, Kooperationsmodelle und eine verlässliche Förderung. Wir wollen schnellstmöglich ein wirksames Beschleunigungs-Gesetz auf den Weg bringen und den Genehmigungsstau zünden. Dazu geht insbesondere, bis zur Erreichung aller Ausbauziele sowohl den Mobilfunk als auch den Glasfaserausbau in das überragende öffentliche Interesse zu stellen.</p> <p>Die Governance für Digitalisierung straffen. Wir bündeln die Verantwortung für Infrastruktur, Datenpolitik, KI, Plattformen und digitale Dienste. Verwaltungsdigitalisierung und modernes Regierungshandeln. Dazu richten wir ein Bundesdigitalministerium ein. (...) Datenschutz ja, aber pragmatisch. Wir machen die Datenschutz-Grundverordnung alltagstauglich. Es braucht mehr standardisierte Verfahren, etwa für Werkstätten und Arztpraxen sowie beim Austausch mit und zwischen staatlichen Behörden. Die Vertrauenswürdigkeit auch in Bezug auf Daten muss erhalten bleiben. Die bestehenden Doppelstrukturen zum Datenschutz auf Bundes- und Landesebene müssen abgebaut werden. (...) Wir steuern um: Die Datenschutzpolitik muss eine echte Datenchancenpolitik werden. Die Chancen von Open Data für Innovationen und Wachstum müssen wir nutzen.</p>	<p>Mit dem Smartphone alles dabei: Wir setzen mit unseren europäischen Partnern die Einführung einer europaweit gültigen digitalen Ausweisfunktion per Smartphone durch, zum Beispiel für Personalausweis und Führerschein. Freiraume für KI. Die Verordnung der EU („AI Act“) muss verantwortungsvoll, bürokratiearm und innovationsoffen umgesetzt und weiterentwickelt werden. Eine Überforderung können wir strikt ab. Wir fördern und beschleunigen KI-Forschung, unterstützen die Entwicklung von Anwendungen und ermöglichen Freiraume. Die Risiken von KI müssen wir beherrschen, dies aber auf keinen Fall durch eine Überregulierung. Chancen und Vorteile verpassen. Sicherheitsbehörden müssen KI im notwendigen Rahmen nutzen können. Für eine echte Digitalunion. Unser Ziel ist ein europäischer digitaler Binnenmarkt, der Wachstum und Vorteile für die Wirtschaft sowie die Bürgerinnen und Bürger bietet. Zudem müssen wir unabhängig werden. Digitale Souveränität ist eine Frage von Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Dafür kommt es auf klare einheitliche Regeln, ein modernes Wettbewerbsrecht und hochklassige digitale Infrastruktur an, insbesondere eine europäische Cloud, sowie europäische Speicher- und Rechenkapazitäten.</p> <ul style="list-style-type: none"> • KI in Mittelstand und Wissenschaft stärken. Dazu bauen wir mit Partnern aus der Wirtschaft eine branchenspezifische Mittelstandsberatung auf. Wir starten eine Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) zugeschnittene Initiative „KI im Mittelstand“. Das Ziel ist eine niedrigschwellige Förderung von Transferprojekten in Kooperation von kleinen und mittleren Unternehmen und HAW. Zudem müssen Rechenkapazitäten für Forschung und Startups im KI-Bereich ausgebaut und permanent aufgrüftet werden. Wir schaffen einfache Zugänge für kleine und mittlere Unternehmen, Gründer und Wissenschaftler. • Mit KI schneller verwalten. Mit dem Einsatz von KI bauen wir in Deutschland eine effiziente, vollständig digitalisierte Verwaltung für Bürger und Unternehmen auf, die rund um die Uhr an sieben Tagen die Woche niederschwellig und nutzerfreundlich Serviceleistungen erbringen kann. Bei eindeutigen Sachverhalten wollen wir mit KI zu viel schnelleren Bescheiden kommen – wobei für die Bürgerinnen und Bürger selbstverständlich immer ein Recht auf individuelle Überprüfung besteht. <p>Raus aus dem Versorgungsloch. Den Ausbau hochleistungsfähiger Breitband- und Mobilfunknetze bringen wir weiter in die Fläche, gerade auch in den ländlichen Raum. Die noch bestehenden Hindernisse beseitigen wir. Mit Glasfaser machen wir unsere Netze zukunftsfest. Dazu setzen wir auf mehr Wettbewerb, Kooperationsmodelle und eine verlässliche Förderung. Wir wollen schnellstmöglich ein wirksames Beschleunigungs-Gesetz auf den Weg bringen und den Genehmigungsstau zünden. Dazu geht insbesondere, bis zur Erreichung aller Ausbauziele sowohl den Mobilfunk als auch den Glasfaserausbau in das überragende öffentliche Interesse zu stellen.</p> <p>Die Governance für Digitalisierung straffen. Wir bündeln die Verantwortung für Infrastruktur, Datenpolitik, KI, Plattformen und digitale Dienste. Verwaltungsdigitalisierung und modernes Regierungshandeln. Dazu richten wir ein Bundesdigitalministerium ein. (...) Datenschutz ja, aber pragmatisch. Wir machen die Datenschutz-Grundverordnung alltagstauglich. Es braucht mehr standardisierte Verfahren, etwa für Werkstätten und Arztpraxen sowie beim Austausch mit und zwischen staatlichen Behörden. Die Vertrauenswürdigkeit auch in Bezug auf Daten muss erhalten bleiben. Die bestehenden Doppelstrukturen zum Datenschutz auf Bundes- und Landesebene müssen abgebaut werden. (...) Wir steuern um: Die Datenschutzpolitik muss eine echte Datenchancenpolitik werden. Die Chancen von Open Data für Innovationen und Wachstum müssen wir nutzen.</p>	<p>Wir werden die Digitalisierung der Wirtschaft und die Entwicklung von digitalen Geschäftsmodellen erleichtern. Dazu wollen wir die Anwendung von Künstlicher Intelligenz (KI), die Etablierung robuster Cybersicherheitsstandards sowie die Stärkung digitaler Kompetenzen in Unternehmen gezielt fördern und Datenschutzbürokratie mindern. Wir schaffen zudem passende Rahmenbedingungen für interoperable Standards und für einen sicheren und effizienten Datenaustausch entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der Staat sollte als vertrauenswürdiger Referenzkunde seine Marktmacht als Einkäufer nutzen, um innovative digitale Produkte zu fördern. Dabei sollte er insbesondere OpenSource-Anwendungen und Produkte von Start-ups und KMU berücksichtigen. (...) Um das große Potenzial von Datenkollaboration für Innovation und Produktivität zu heben, muss die Umsetzung des Datenschutzes einfacher und weniger bürokratisch werden. Die Datenschutzgrundverordnung muss effizienter und einheitlicher umgesetzt werden – auch um Doppelpflichten und unklare Zuständigkeiten zu vermeiden. Eine Reform beim Datenschutz hin zu Einheitlichkeit, Verlässlichkeit und Einfachheit ist nötig, etwa durch die Bündelung von Zuständigkeiten für bestimmte Sektoren oder Forschung bei einzelnen Aufsichtsbehörden.</p> <p>Deutschland braucht schnelles Internet in Stadt und Land. Wir werden bessere Rahmenbedingungen für den privatwirtschaftlichen Ausbau von Glasfaser und 5G-Mobilfunk setzen, indem wir Genehmigungsprozesse beschleunigen, alternative Verlegenethoden erleichtern und Open Access fördern. Für ländliche Gebiete und strukturschwache Regionen werden wir die staatliche Gigabitförderung erhöhen. Wir stärken die Rechte von Verbraucher*innen auf schnelles Internet, indem wir die Mindestbandbreite schrittweise erhöhen und es einfacher machen, mangelhaftes Internet nachzuweisen und einen besseren Zugang zu bekommen.</p> <p>Ansonten siehe Bürokratieabbau</p>	<p>Ohne eine leistungsfähige digitale Infrastruktur funktioniert unser Land nicht. Veraltete Strukturen werden wir überwinden. Wir werden dafür ein Bundesministerium für Digitalisierung einrichten, das sich aus bestehenden Abteilungen anderer Ministerien bildet und das als zentrale Instanz die Digitalisierung der Verwaltung bundesweit einheitlich steuert. (...) Wir wollen Deutschland zu einem der stärksten Standorte für künstliche Intelligenz in der Welt machen. Der wichtigste Standortfaktor ist dabei die Verfügbarkeit von Trainingsdaten. Den europäischen AI-Act wollen wir in der Umsetzung deutlich innovationsfreundlicher gestalten.</p> <p>Verwaltungsdigitalisierung ist eine Verwaltung von morgen. Der Staat darf die Menschen nicht ständig nach Informationen fragen, die er schon hat. Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen sollen künftig das Recht haben, dass alle Verwaltungsleistungen digital bereitgestellt und online abgewickelt werden können. Wir Freie Demokraten fordern die Einführung einer Once-only-Garantie und eines Rechtsanspruchs auf digitale Verwaltungsleistungen. Außerdem wollen wir alle relevanten Register, wie z.B. Melderegister, Unternehmensregister und 38 Gesundheitsregister, vollständig digitalisieren und vernetzen. Damit werden wir Verwaltungsprozesse deutlich beschleunigen und vereinfachen. Ein zentrales Element für eine erfolgreiche Verwaltungsdigitalisierung ist das „Government as a Platform“ (GaaP). Diese einheitliche Plattform beinhaltet dann alle digitalen Verwaltungsanwendungen in Deutschland. Für den Digital Identity sollten Bürger in der neu geschaffenen digitalen Wallet ihre wichtigsten Dokumente und Nachweise sicher und jederzeit greifbar auf ihrem Smartphone speichern und miteinander verknüpfen können. Dadurch könnten Bürger in der Verwaltung und der Führerschein. Damit können die Bürger sich fälschungssicher identifizieren und digitale Angebote sicher nutzen. Behördengänge sind so in Zukunft überall möglich, egal ob von zu Hause aus oder unterwegs. Deutschland muss schneller und agiler werden. Nur durch effiziente Verwaltungsstrukturen werden wir den Herausforderungen unserer Zeit gerecht.</p> <p>Wir setzen uns dafür ein, dass sowohl Mobilfunk- auch Glasfaserausbau überragendes öffentliches Interesse im Telekommunikationsnetzausbaubeschleunigungsgesetz des Bundes werden</p> <p>Auch im Datenschutz ist Bürokratieabbau dringend notwendig. Wir Freie Demokraten wollen die Datenschutzaufsicht vereinheitlichen und so für eine einheitliche Auslegung und Anwendung des Datenschutzrechts sorgen. In Deutschland sorgen die Datenschutzaufsichtsbehörden der Länder und des Bundes dafür, dass Datenschutzrecht ausgelegt und durchgesetzt wird. Das sind 17 unterschiedliche Stellen, die teilweise zu verschiedenen Ergebnissen kommen. Das schafft für Unternehmen großen bürokratischen Aufwand, Rechtsunsicherheit und Wettbewerbsnachteile. Wir wollen das Grundgesetz so ändern, dass Bund und Länder effektiv zusammenarbeiten und die Datenschutzkonferenz verbindliche Beschlüsse fassen kann. (...) Wir fordern den Aufbau einer zukunftsfähigen Dateninfrastruktur und die Reform der zerstückelten Datenschutzaufsicht, um die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken. Wir setzen uns daher für eine einheitliche Auslegung des Datenschutzrechts durch die Aufsichtsbehörden ein. (...) Wir Freie Demokraten sprechen uns für den Erhalt der Netzneutralität aus. Durch die Gleichbehandlung sämtlicher Datenpakete stellen wir sicher, dass das Internet diskriminierungsfrei bleibt und alle Unternehmen, insbesondere Startups sowie kleine und mittlere Unternehmen, einen fairen Marktzugang erhalten.</p>	<p>Beschleunigung des Aufbaus der digitalen Infrastruktur. Vorantreiben der Digitalisierung der Verwaltung. Analoges Leben in einer zunehmend digitalisierten Welt müssen die Abwehrrechte der Bürger gegenüber dem Staat getaktet werden. Die möglichst direkte und weitgehende Kontrolle und Verfügungsgewalt über die persönlichen Informationen, Eigentum und Vermögen sind essenziell für die grundgesetzlich fixierten Abwehrrechte des Bürgers gegenüber dem Staat und für das Gefühl, selbstbestimmt leben und sich frei ausdrücken zu können. Darum setzt sich die AfD für die Anerkennung des Rechts der Bürger auf ein analoges Leben außerhalb der digitalisierten Verwaltungs- und Alltagsabläufe als allgemeines Bürgerrecht ein und für den uneingeschränkten Erhalt des Bargeldes als gesetzliches Zahlungsmittel. Die DSGVO kommt ihrem eigentlichen Ziel, nämlich Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung, nur schlecht nach, belastet aber gerade kleine und mittlere Unternehmen und die Verbraucher, beispielsweise mit onnipräsenten Einwilligungsabfragen. Daher fordert die AfD die Abschaffung der DSGVO und Rückkehr zu einem schlichten, aber effektiven Bundesdatenschutzgesetz. Datenschutzbehörden will die AfD in ihrer Rolle stärken und auch gegenüber staatlichen 634 Stellen sanktionfähig machen, da der Staat dieselben Staatschutzregeln wie der 635 Bürger einzuhalten hat. (...) Künstliche Intelligenz KI-Systeme stellen einen großen Wachstumsmarkt dar, von diesen können und wollen wir uns in Deutschland nicht abkoppeln. Deshalb sind effektive gesetzliche Rahmenbedingungen notwendig, die den Einsatz zum Beispiel in Medizintechnik und Verkehrsweesen ermöglichen. Voraussetzung für den Einsatz von KI ist jederzeit verfügbare kostengünstige Energie. Gleichzeitig kann KI aber auch ein Risiko speziell für kritische Infrastruktur, Verkehrstechnik und bürgerliche Freiheiten darstellen. Die zentralistische Regulierung dieser Themen durch die EU, wie durch den CyberSecurity Act, Ethik-Leitlinien für KI und den Artificial Intelligence Act lehnt die AfD ab und fordert praxisnahe, nationale Lösungen.</p>	<p>Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung kann einen großen Beitrag für effizientere und schnellere Prozesse und eine Verminderung der Bürokratielasten leisten. Deutschland links hier im Vergleich zu anderen Industriestaaten massiv hinterher. Mit einem zentralen Online-Portal für Bürger und Unternehmen als „One-Stop-Shop“ für alle behördlichen Dienstleistungen, in dem Daten nur einmal eingegeben werden müssen („Once-Only-Prinzip“) wollen wir das Leben für die Menschen vereinfachen. Aus der Umsetzung dieser Maßnahme folgt das Erfordernis, dass alle Behörden Prozesse kritisch hinterfragen und sie, wo dies zielführend ist, digitalisieren. (...) Fördern wollen wir die Entwicklung und den Einsatz von Open-Source-Software sowie frei verfügbarer KI-Modelle für Anwendungen in Wissenschaft, Bildung, Kultur und öffentlicher Verwaltung. Software-Hersteller sollen bei Marktaustritt verpflichtet werden, ihre Produkte als Open Source zu publizieren oder Lizenzcodes für deren Nutzung offenlegen. Im Sinne der Gemeinfreiheit öffentlich finanzierter Güter wollen wir Infrastrukturen für Open-Access-Publikationen sowie für die langfristige Zurverfügungstellung von Forschungsdaten verstetigen.</p>	<p>Digitalisierung fürs Gemeinwohl – statt für Konzernprofit. Wir setzen uns dafür ein, dass sich Digitalisierung an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, den Alltag erleichtert, die Demokratie stärkt und hilft das Klima zu schützen. Dazu müssen Profiteressen zurückgedrängt und staatlicher Überwachungsstills ein Riegel vorgehoben werden. Teilhabe an der digitalen Gesellschaft muss für alle sichergestellt sein – auch auf dem Land und für Menschen mit kleinem Geldbeutel. Deshalb wollen wir den kommunalen und gemeinnützigen Ausbau von Glasfasernetzen fördern, unnötigen Doppelausbau verhindern, das Recht auf Internetzugang von aktuell 10 Mbit/s auf 100 Mbit/s Downloadgeschwindigkeit erhöhen und die Preise so deckeln, dass sich alle den Zugang dazu leisten können. Es macht keinen Sinn, dass jeder Anbieter ein eigenes Mobilfunknetz Glasfasernetz aufbaut. Ein einziges Netz, über das alle ihre Dienstleistungen anbieten können, spart Bakasos, Material und Umweltbelastung – und ermöglicht schneller flächendeckendes Netz überall. Die Kosten für den Netzausbau und die erforderlichen Geräte müssen bei der Grundsicherung und anderen Sozialleistungen berücksichtigt werden. Öffentliche Stellen müssen Geräte und fachkundiges Personal bereitstellen, um vor Ort beim Ausfüllen von Online-Anträgen zu helfen. Für uns gilt der Grundsatz: Was mit Steuergeldern bezahlt wurde, muss allen zu Gute kommen. Mit öffentlichem Geld müssen öffentliche Güter entstehen. Wir wollen viel mehr Open-Source-Software – das macht uns unabhängiger von digitalen Monopolen und ihren hohen Lizenzgebühren. Software, die öffentliche Verwaltungen einkaufen oder entwickeln lassen, darf nur noch in Ausnahmefällen proprietär sein. Einheitlich entwickelte Programme können in anderen Verwaltungen und Kommunen ohne größere Zusatzkosten genutzt werden. Wir werden ein Recht auf Open Data schaffen und ein Transparenzgesetz. Bei öffentlichen Dienstleistungen und Verwaltungen anfallende Daten müssen anonymisiert kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Das gilt gleichermaßen für alle privaten Anbieter öffentlicher Leistungen. Auch die Ergebnisse öffentlich geförderter Forschung müssen kostenfrei öffentlich zugänglich sein (Open Access). (...) Der elektronische Personalausweis und die Gesundheitskarte müssen an eine physische Chipkarte gebunden bleiben. Bei Ausweisvorgängen im Internet dürfen keine Daten gespeichert werden.</p>
<p>Plattformregulierung</p>	<p>siehe Anmerkung unten</p>	<p>siehe Anmerkung unten</p>	<p>siehe Anmerkung unten</p>	<p>siehe Anmerkung unten</p>	<p>siehe Anmerkung unten</p>	<p>siehe Anmerkung unten</p>	<p>Um Machtmissbrauch durch digitale Monopole zu verhindern, werden wir rechtliche Spielräume zur Zerschlagung der Monopole ausschöpfen, das Kartellrecht und seine Umsetzung stärken und personalisierte Onlinewerbung verbieten. Die Vorstellung von Daten als verkauflichem Eigentum lehnen wir ab. Öffentliche und genossenschaftliche Plattformen für gemeinnützige Dienstleistungen und wirkliche soziale Netzwerke fördern wir als Alternative zu den profitorientierten Plattformen der Konzerngiganten.</p>
<p>Barrierefreiheit</p>	<p>Wir wollen echte Teilhabe in einer inklusiven Gesellschaft. Wir setzen uns ein für eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderungen ihr Recht auf volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe verwirklichen können. Dazu werden wir die Barrierefreiheit im privaten und im öffentlichen Bereich verbessern. Wir werden private Anbieter von Waren und Dienstleistungen verpflichten, Barrieren abzubauen oder wo dies nicht möglich ist – angemessene Vorkehrungen zu ergreifen. Darüber hinaus werden wir die Barrierefreiheit im Wohnungsbau, bei der Mobilität, im Digitalen und in der Gesundheit zu einem Schwerpunkt machen.</p>	<p>Menschen mit und ohne Behinderungen leben gemeinsam und gleichberechtigt. Sie lernen und arbeiten miteinander. Aber wir sind noch nicht am Ziel. Deshalb stärken wir Selbstständigkeit, Eigenverantwortlichkeit und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen weiter. Ein inklusiver Sozialraum und Barrierefreiheit sehen wir als Mehrwert für alle Generationen. Die Digitalisierung eröffnet neue Möglichkeiten der Teilhabe und Inklusion. (...) Mehr Achtsamkeit im öffentlichen Raum. Barrieren in Bus und Bahn müssen schneller beseitigt werden.</p>	<p>Barrierefreiheit soll endlich in allen Bereichen konsequent umgesetzt werden. Die Gebäude des Bundes wollen wir innerhalb von zehn Jahren barrierefrei machen. Auch Anbieter öffentlicher Zugänglichkeitsangebote und Dienstleistungen sollen Vorkehrungen zur Barrierefreiheit treffen, wobei wir kleine Unternehmen mit einer Überforderungsklausel schützen und sie mit einem digitalen Barrierefreiheitscheck unterstützen.</p>	<p>Auch Menschen mit Behinderung erfahren noch immer viele Hindernisse, die sie an der gleichberechtigten Teilhabe in unserer Gesellschaft hindern. Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr Barrierefreiheit im öffentlichen Leben ein.</p>	<p>Wir unterstützen sinnvolle Maßnahmen, die Menschen mit Einschränkungen eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. (...) Behinderten in Werkstätten möchten wir durch Mittelumschichtung den Erhalt des Mindestlohns ermöglichen; ein weitestgehend selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Einschränkungen ist unser übergeordnetes Ziel.</p>	<p>Wir fordern eine konsequentere Umsetzung der seit 2009 auch für Deutschland geltenden UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) im Bund und in den Ländern.</p>	<p>Barrierefreiheit umfassend herstellen und (auch) die Privatsphäre dazu verpflichten. Dafür müssen verbindliche Regelungen in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und in das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) aufgenommen werden, mit denen private Anbieter*innen von öffentlich zugänglichen Gütern und Dienstleistungen zur Herstellung von Barrierefreiheit verpflichtet werden. Im AGG wollen wir ein Verbandsklagerecht, damit Antidiskriminierungsverbände ohne individuell klagefähige Betroffene Klage erheben können.</p> <p>siehe auch Mindestlohn</p>

<p>Verbraucherschutz</p>	<p>Dank unseres starken Verbraucherschutzes sind die Produkte und Dienstleistungen, die man in Deutschland kaufen kann, sicher und unbedenklich. Das ist eine Errungenschaft, die wir verteidigen werden. Doch es braucht noch mehr: Mündige Verbraucherinnen und Verbraucher benötigen handlungsfähige Marktaufsichtsbehörden und eine Wettbewerbsaufsicht an ihrer Seite, die den Verbraucherschutz an die erste Stelle setzt. In diesem Sinne wollen wir den Verbraucherschutz auf nationaler und europäischer Ebene stärken.</p> <p>Dies gilt insbesondere im digitalen Raum. Hier bedarf es eines besonderen Schutzes gegen Abzocke und Manipulation, insbesondere für Kinder und Jugendliche.</p>	<p><i>Finde nur Erwähnung bei Finanzprodukten und Energie</i></p>	<p>Für einen starken Verbraucherschutz Faire Verträge und einklagbare Verbraucherrechte – darauf müssen sich Verbraucher*innen verlassen können. Gerade in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten kann und muss Verbraucherschutz dazu beitragen, das Leben einfacher zu machen und Menschen vor unfairen Preisen, Intransparenz und Betrug zu schützen.</p>	<p>Moderner Verbraucherschutz Die Bürgerinnen und Bürger wollen wir durch einen modernen Verbraucherschutz stärken und ihnen Bevormundung ab. Selbstbestimmung setzt aber eine freie und informierte Entscheidung voraus. Dies wollen wir ermöglichen, indem wir uns insbesondere zur besseren Vergleichbarkeit bei Langzeitverträgen für die Ausweisung monatlicher Durchschnittspreise aussprechen. Zudem wollen wir die Durchsetzung von Verbraucherrechten vereinfachen, zum Beispiel durch sogenannte Smart Contracts, die eine automatische Entschädigung von Verbrauchern bei Verspätungen vorsehen.</p>	<p>Die Verbraucher müssen den zunehmend global agierenden Unternehmen auf Augenhöhe begegnen können. Bei vielen Nahrungsmitteln, Finanzprodukten und Sachgütern fehlen den Verbrauchern jedoch wesentliche Informationen über Produktherkunft und -qualität. Die AfD will die Verbraucher in die Lage versetzen, eine informierte Kaufentscheidung treffen zu können.</p>	<p>Es braucht ein starkes Verbraucher*inneninformationsgesetz und strengere Transparenzstandard und Haftung für Onlineplattformen und Socialwashing</p> <p>Gegen Green- und Socialwashing muss aktiver vorgegangen werden.</p>	<p>Die Konzerne nutzen ihre Macht gegenüber den Verbraucher*innen aus. Wir wollen die Rechte der Verbraucher*innen stärken, dafür braucht es mehr Transparenz, einen starken, gut finanzierten Verbraucherschutz sowie klarere Regeln für die Konzerne. Schluss mit Mogelpackungen und versteckte Preiserhöhungen. Wir fordern die Abschaffung der Verkaufe bei Reisen und Schutz vor Airline-Insolvenzen. Von Sammelklagen sollen alle geschädigten Verbraucher*innen automatisch profitieren.</p> <p>Es braucht ein starkes Verbraucher*inneninformationsgesetz und strengere Transparenzstandard und Haftung für Onlineplattformen und Onlineplattformen. Gegen Green- und Socialwashing muss aktiver vorgegangen werden.</p>
<p>EU</p>	<p>Ein starkes Europa in der Welt ist unsere Antwort auf die globalen Herausforderungen, die sicherheits- und wirtschaftspolitischen Veränderungen, und den Druck, dem sich die Demokratien dieser Welt durch Populisten und Autokraten gegenübersehen. Wenn wir mit einer Stimme sprechen, sind wir stark genug, um unseren Werten und Interessen in der Welt Gehör zu verschaffen (Vertiefung der Zusammenarbeit, Mindeststandards für Sozialsysteme, Verteidigungsunion, EU-Osterweiterung, Rohstoffunion etc.) (...)</p> <p>Wir wollen eine echte Europäische Sozialunion. Wir wollen einen Binnenmarkt, der den Arbeitnehmerinnen und Arbeitern dient.</p> <p>Um eine angemessene soziale Absicherung zu gewährleisten und Armut zu bekämpfen, setzen wir uns für europäische Mindeststandards bei den nationalen Grundversicherungssystemen ein.</p>	<p>Für ein Europa, das Prioritäten setzt</p> <p>Die EU muss sich auf jene Aufgaben konzentrieren, die auf europäischer Ebene besser als auf nationaler erfüllt werden können. Unser Ziel ist ein Europa, das regional verwurzelt, nationalstaatlich getragen und europäisch legitimiert ist.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mehr Europa nur dort, wo Europa einen Mehrwert für alle schafft. Dazu gehören vor allem die Vertiefung des Binnenmarkts, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, die Vervollständigung sowohl der Energiunion als auch der Kapitalmarktunion, eine stabile Wirtschafts- und Währungsunion und eine ambitionierte Politik für Forschung und Innovationen, Klimaschutz, Außenhandel, den Stopp illegaler Migration, Digitalisierung sowie Verteidigung. Enbhehrliche Aufgaben sollen entfallen. • „Deal für Wettbewerbsfähigkeit“: Europa braucht dringend einen Schub für mehr wirtschaftliche Leistungskraft. Dabei setzen wir auf marktbasierte Instrumente, Technologiefreiheit und Vertrauen. Noch bestehende Hindernisse im grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr müssen schnellstmöglich abgebaut werden. Wir setzen uns ein für Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Entwicklung aller europäischen Regionen. • Aktionsplan für weniger Bürokratie in Europa. Wir wollen einen sofortigen Belastungsstopp für neue und laufende EU-Initiativen, einen EU-Wettbewerbsfähigkeits-Check und einen unabhängigen europäischen Normenkontrollrat, der die Bürokratiekosten misst und auch die Erfahrungen in den Mitgliedstaaten mit der Anwendung des EU-Rechts berücksichtigt. Wir wollen eine starke Bürokratiebremse („One in, two out“) in Europa durchsetzen. • Mehr Chancen eröffnen. Wir wollen gerade Mittelständlern das Leben bei Vergaben einfacher machen. Deshalb wollen wir, dass die europäische Definition von kleinen und mittleren Unternehmen angepasst wird. Die Schwellenwerte für öffentliche Aufträge setzen wir herauf. 	<p>Deshalb wollen wir die EU stärken. Als größtes und wirtschaftlich stärkstes Land tragen wir dafür besondere Verantwortung. Nationale Alleingänge lehnen wir ab und ein ständiges „German Vote“ ist schädlich. Wir arbeiten an einem Europa, das nach innen durch Freiheit und Demokratie geeint ist, das soziale Sicherheit garantiert und das nach außen kooperative Angebote und robuste Antworten auf die großen Aufgaben gibt, die uns die Entwicklung der Welt bereithält. Deshalb wollen wir die EU erweitern, um unsere Nachbarschaft zu stabilisieren. Parallel werden wir die EU reformieren, um sie handlungsfähiger zu machen. Und wir müssen die europäische Demokratie mit ihrem klaren Wertefundament wehrhaft machen. Europe United ist auch unsere Antwort auf Trumps America first. Unsere Grundwerte bilden das Fundament der EU. Wenn Mitgliedstaaten dagegen verstoßen, kann das nicht folgenlos bleiben. Wir wollen das Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags nutzen machen, indem in allen Stufen des Verfahrens Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden können (...)</p> <p>Sollten die USA die globalen Vereinbarungen über die Besteuerung digitaler Großkonzerne nicht mehr umsetzen, setzen wir uns in der EU für eine Europäische Digitalkonzernsteuer ein</p>	<p>Freie Demokraten wollen, dass die Strategische Souveränität der EU weiterentwickelt wird. Für uns bedeutet das in erster Linie eigenständige Handlungsfähigkeit. Die EU muss sich als Global Player in einer sich verändernden Weltordnung selbst behaupten können. Mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet, könnte die EU in Zukunft ihre eigenen Interessen und Werte besser durchsetzen und in wichtigen Bereichen weniger abhängig und verwundbar werden. Dafür sind institutionelle Reformen der EU notwendig. Wir Freie Demokraten setzen uns insbesondere für eine Verkleinerung der Kommission, ein Initiativrecht des Europäischen Parlaments sowie qualifizierte Mehrheitsentscheidungen in der gemeinsamen EU-Außen- und Sicherheitspolitik ein.</p> <p>Wir wollen die Europäische Union samt ihren Bürokraten und Institutionen durch einen Wirtschaftswachstums- und Interessengemeinschaft (WIG) ersetzen, durch einen Staatenbund, dessen Mitglieder konstruktiv und friedlich miteinander kooperieren und auf all jenen Gebieten eng zusammenarbeiten, die besser gemeinsam gestaltet werden können und für alle Beteiligten von Vorteil sind.</p>	<p>EU- Entrechtung von Nationalstaaten und Bürgern</p> <p>Die Transformation der EU zu einem den EU-Verträgen widersprechenden supranationalen Bundesstaat ist in den letzten Jahren in allen Bereichen weiter vorangetrieben worden. Wir erleben eine von Brüssel ausgehende illegitime Entdemokratisierung, Zentralisierung, Überregulierung und Planwirtschaft. (...) In wichtigen vergemeinschafteten Politikfeldern wie Gemeinschaftswährung, Migrationspolitik und Kohäsion der Einzelstaaten hat die EU versagt. (...) Unser Ziel: Ein Europa der Vaterländer als Bund souveräner Staaten</p> <p>Die Vehemenz, mit welcher die Europäische Union die Transformation zum planwirtschaftlichen Superstaat in den letzten Jahren vorangetrieben hat, hat uns zu der Erkenntnis gebracht, dass sich unsere grundlegenden Reformansätze in dieser EU nicht verwirklichen lassen. Wir haben einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Gemeinschaft für notwendig.</p> <p>Wir wollen die Europäische Union samt ihren Bürokraten und Institutionen durch einen Wirtschaftswachstums- und Interessengemeinschaft (WIG) ersetzen, durch einen Staatenbund, dessen Mitglieder konstruktiv und friedlich miteinander kooperieren und auf all jenen Gebieten eng zusammenarbeiten, die besser gemeinsam gestaltet werden können und für alle Beteiligten von Vorteil sind.</p>	<p>Ein souveränes Europa in einer multipolaren Welt</p> <p>Die EU hat ihren Gründungsauftrag des Friedens und des Wohlstandes vollkommen aus dem Blick verloren und ist heute unfähig bzw. nicht willens, europäische Interessen zu vertreten. Wir wollen die Europäische Union wieder zu dem machen, wofür sie gegründet wurde: Die EU muss Friedensvermittler sein und darf nicht Kriegspartei werden. Die enormen finanziellen und militärischen Mittel, die die EU für die Unterstützung der Ukraine bereitgestellt hat, die vielen Milliarden, die vorgesehen sind, um europäische Rüstungsschmieden noch profitabler und ihre Eigentümer noch reicher zu machen, sind nutzlos verschleudertes Steuerergöl. Wir sind dringend für wichtige Aufgaben brauchen. Wir stehen für eine enge Zusammenarbeit der europäischen Staaten, aber nicht für eine immer tiefer gehende Integration in Richtung eines europäischen Bundesstaats. Wir sind überzeugt, dass Demokratie, Wohlstand und soziale Erbschaften Europas gegenüber den mächtigen Datenkräusen aus dem Silicon Valley (...)</p> <p>Wir wollen einen EU-Erweiterungsstopp, der auch für die Ukraine gilt, die sonst zum Fass ohne Boden für die deutschen Steuerzahler wird.</p>	<p>Für eine EU, die Teil der Lösung ist</p> <p>Wir wollen eine soziale EU, die internationalem Ausgleich und dem Frieden verpflichtet ist, anstatt Löhne zu drücken und Blockkonfation und Standortkonkurrenz zu verschärfen. Wir wollen ein soziales und demokratisches Europa, das den Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen hilft. Eine Friedensunion, die Demokratie fördert und in globale Gerechtigkeit investiert statt in Konfrontation. Wir treten für Entspannungspolitik ein und wollen die Militarisierung Europas stoppen.</p> <p>Wir wollen massive öffentliche Investitionen in Soziales, Bildung, Gesundheit und den klimagerichten Umbau. Doch der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ beschnidet die Demokratie in den Mitgliedstaaten und legt sie auf eine neoliberalen Finanzpolitik fest. Wir wollen das ändern: Die EU braucht eine Investitions offensive ohne Handbremse. Dafür müssen auch Defizit- und Schuldenregeln in Europa angepasst werden.</p> <p>Auch soziale Rechte müssen in der EU unteilbar sein. Die soziale Kohäsion muss Priorität der EU-Politik werden, um die Lebensverhältnisse der Menschen in der gesamten Europäischen Union zu verbessern. Die Angleichung der sozialen Lage beugt Standortverlagerung, Lohndumping und Abwanderung von Fachkräften vor. Regionen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen eine solidarische Erweiterung der Europäischen Union, dafür ist die Einhaltung sozialer, ökologischer und demokratischer Standards notwendig.</p>
<p>EU-Binnenmarkt</p>	<p>Der europäische Binnenmarkt ist von enormer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und außerdem Motor für den europäischen Wohlstand. Wir begrüßen die Berichte von Erno Letta und Mario Draghi zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und unterstützen die EU-Kommission bei der Umsetzung. Wir wollen den Europäischen Binnenmarkt weiter vertiefen, denn Millionen Arbeitsplätze in Deutschland sind eng mit ihm verknüpft. Dazu gehört eine digitale Infrastruktur für den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. Und dazu gehört ebenso ein funktionierender europäischer Kapitalmarkt. Wir werden die Banken- und Kapitalmarktunion vorantreiben und das Umfeld für Innovationen und Zukunftstechnologien durch privates Kapital dauerhaft stärken.</p>	<p>Geoökonomische Herausforderungen und Krisen nehmen zu, sie sind ein ernstes Problem für unsere Wirtschaft. Wir müssen die Resilienz unserer Wirtschaft stärken und ihr Rechtsund Planungssicherheit geben. Das geht nur gemeinsam mit unseren Partnern in Europa, das geht nur mit einem starken Binnenmarkt.</p>	<p>Wir wollen den europäischen Binnenmarkt weiter vertiefen und um eine vertieften Digitalunion ergänzen: Damit die Unternehmen der Zukunft auch in Europa groß werden. Und wir wollen, dass Europa seine Kräfte bei Forschung und Innovation bündelt. Starke Netzwerke europäischer Universitäten, gemeinsame Rechenzentren oder Forschungsinstitutionen können uns wieder zum Spitzenreiter bei den Zukunftstechnologien machen.</p>	<p>Den europäischen Binnenmarkt wollen wir vertiefen- vor allem für Arbeit, Energie, Kapital und digitale Dienstleistungen.</p>	<p><i>keine Aussage, ansonsten siehe EU</i></p>	<p><i>keine Aussage</i></p>	<p><i>Nur in Bezug auf Industriepolitik</i></p>
<p>EURO</p>	<p><i>keine Aussage, Gemeinschaftswährung wird nicht in Frage gestellt.</i></p>	<p><i>Gemeinschaftswährung wird nicht in Frage gestellt.</i></p>	<p><i>keine Aussage, Gemeinschaftswährung wird nicht in Frage gestellt.</i></p>	<p><i>Gemeinschaftswährung wird nicht in Frage gestellt</i></p> <p><i>Ein das Bargeld ergänzender digitaler Euro muss die Privatsphäre der Nutzer respektieren und sowohl online als auch offline nutzbar sein.</i></p>	<p>Der Euro ist für ein Wirtschaftsgebiet mit 20 sehr unterschiedlichen Volkswirtschaften eine Fiktionkonstruktion und kann in dieser Form weder ökonomisch noch sozial funktionieren. Erwirtschaften. Erwirtschaften muss wieder vor Umverteilung kommen. Nur durch nationale Währungen erlangt jeder Staat seine Souveränität über die Wirtschafts- und Währungspolitik zurück. Die Staaten können ihre Wettbewerbsfähigkeit dann, wie vor der EuroEinführung, durch eine eigene Entscheidung über den Wechselkurs wiederherstellen. Deutschland muss aus dem Euro-System austreten</p>	<p><i>keine Aussage</i></p>	<p>Die Linke befürwortet die Einführung des digitalen Euro durch die EZB. Er soll ein von der EZB garantiertes gesetzliches Zahlungsmittel sein, das Privatpersonen in begrenztem Maße und unverzinst auf Konten bei der EZB halten können. Er soll Bargeld nicht ersetzen, sondern als weitere bequeme Form des Zentralbankgelds ergänzen.</p>
<p>Weitere Suchbegriffe ohne Treffer:</p> <p>Overtourism</p> <p>Pauschalreise/ Einzelreise</p> <p>Margensteuer/TOMS</p> <p>Regulierung von OTAs. Es gibt Aussagen zur Plattformregulierung, diese bezieht sich aber - mit Ausnahme der Linken - auf Einkaufsplattformen, Social Media-Anbieter und Streaming-Dienste, sowie Mobilitätsanbieter und Lieferdienste</p> <p>Camping</p> <p>Freizeit (nicht in touristischem Zusammenhang genannt)</p> <p>Kinder- bzw. Jugendreisen</p> <p>Wandern</p>							